



61. JAHRGANG • JULI - AUGUST

7-8
2007

STÄDTE- UND GEMEINDERAT

HERAUSGEBER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND NORDRHEIN-WESTFALEN



StGB NRW · Kaiserswerther Str. 199-201 · 40474 Düsseldorf
PVSt · Deutsche Post AG · „Entgelt bezahlt“ · G 20 167

50 Jahre EU

Kommunale Wirtschaft
Demografischer Wandel



STÄDTE- UND GEMEINDERAT

Die Fachzeitschrift für Kommunal- und
Landespolitik in Nordrhein-Westfalen

Wer hätte vor 50 Jahren gedacht, dass sich Europa als politisches und wirtschaftliches Gebilde so weit entwickeln würde? Gezeichnet vom 2. Weltkrieg waren die sechs Grnderstaaten der Europäischen Union - Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und die Bundesrepublik Deutschland -, als sie sich 1957 für ein friedliches, freundschaftliches Miteinander die Hand reichten. Der Eiserne Vorhang teilte den Kontinent und blockierte jedwede Verständigung zwischen West und Ost.

Heute finden sich 27 Nationen bereit, an dem Jahrhundertwerk „Europäische Union“ mitzuarbeiten und beugen sich den - für viele mit großen Einschränkungen verbundenen - Gesetzen der EU. Nicht nur hat uns die Union eine 60jhrige Friedenszeit beschert. Auch wirtschaftliche Konflikte und Ungleichgewichte wurden auf dem Verhandlungsweg überwunden.

Die Kommunen als Keimzelle jedes Staatswesens haben sich beim Aufbau des vereinten Europa große Verdienste erworben. Sie bereiteten durch informelle Kontakte, Jugendaustausch und nicht zuletzt durch die Städtepartnerschaften den menschlichen Boden für das Zusammenwachsen. Städte und Gemeinden haben die Europäische Idee auf die lokale Ebene geholt und für den einzelnen Bürger oder die Bürgerin erfahrbar gemacht. Doch es sind auch die Kommunen, die am meisten unter mancher Fehlentwicklung des Brüsseler Super-Staats zu leiden haben. 80 Prozent der Vorschriften, die auf örtlicher



Ebene anzuwenden sind, haben ihren Ursprung in Europa. Vieles, was im Ansatz gut gemeint ist, verkehrt sich mangels konsequenter Ausgestaltung ins Gegenteil. Beispiel Feinstaub: Die Grenzwerte sind soweit gesenkt worden, dass es allerorten zur Überschreitung kommt. Kommunen sollen Aktionspläne entwerfen und haben gleichwohl nicht die Handhabe - weder rechtlich und finanziell -, die Feinstaub-Emissionen bei Verkehr und Industrie wirksam einzudämmen.

Kein Wunder, dass sich bei vielen Europa-Müdigkeit breitgemacht hat. Das Gerangel um die EU-Verfassung vor zwei Jahren hat diese Skepsis schonungslos offengelegt. Dabei ist in Vergessenheit geraten, dass der Entwurf einer EU-Verfassung eine Lösung andeutet: Mehr Mitsprache der Kommunen bei der europäischen Gesetzgebung. Noch hat der Ausschuss der Regionen hierbei rein beratende Funktion. Sollte aber die kommunale Selbstverwaltung in Europa Verfassungsrang erhalten, wäre eine stärkere Mitwirkung der Städte und Gemeinden nicht aufzuhalten. Es ist auch Sache des Landes NRW, dieses Anliegen in den nationalen und europäischen Gremien mit Nachdruck voranzubringen.

Dr. Bernd Jürgen Schneider
Hauptgeschäftsführer StGB NRW



Schutzwürdige Böden in NRW

Bodenfunktionen bewerten, hrsg. v. NRW-Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV), A 4, 40 S., 2007, kostenlos zu best. beim MUNLV-Infoservice, Tel. 0211-4566-666, Fax 0211-4566-621, E-Mail: infoservice@munlv.nrw.de

Böden, welche ihre natürliche Funktion und die Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte in besonderem Maß erfüllen, sind nach dem Landesbodenschutzgesetz NRW schutzwürdig. Die Broschüre gibt informative Hinweise und viele Praxisbeispiele zum Schutz dieser Böden in der Planung. Ziele und Anwendungsmöglichkeiten der Bodenfunktionskarten sowie die Gefährdung der Funktionsfähigkeit von Böden werden vorgestellt. Ergänzend werden Instrumente im Vollzug beschrieben und ihre Eignung durch Beispiele aus der Praxis verdeutlicht. Die Broschüre, die sich an Fachplaner, politische Entscheidungsträger und die allgemeine Öffentlichkeit richtet, wurde von der ahu AG in Aachen unter Mitwirkung eines Expertenkreises aus dem NRW-Umweltministerium, dem NRW-Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, der NRW-Landwirtschaftskammer, dem Geologischen Dienst NRW sowie mehreren Städten und Kreisen erstellt.

Sozialhilfe SGB XII - Grundsicherung für Arbeitsuchende SGB II

Textausgabe mit Verordnungen, mit den Änderungen durch die Gesundheitsreform 2007, 6., akt. Aufl., 114 S., 9,80 Euro, ab zwölf Expl. 8,80 Euro, ab 25 Expl. 8 Euro, ab 50 Expl. 7,25 Euro, Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Scharrstr. 2, 70563 Stuttgart und Levelingstr. 6 a, 81673 München, 2007, ISBN 3-415-03907-0

Mit dem Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch - mit Wirkung vom 1. Januar 2005 - wurde das Sozialhilferecht reformiert und zugleich in das Sozialgesetzbuch als dessen Zwölftes Buch eingeordnet. Parallel zum SGB XII (Sozialhilfe) ist durch Hartz IV das SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) in Kraft getreten. Die aktualisierte Auflage enthält den Vorschriftentext von SGB II und SGB XII mit Rechtsstand 1.

April 2007. Alle rechtlichen Änderungen durch den Gesetzgeber, die bis Ende März 2007 verkündet wurden, sind eingearbeitet. Die Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis nach Paragraphen- und Seitenangaben dient Hilfebedürftigen, Agenturen für Arbeit, Sozialämtern und deren Arbeitsgemeinschaften sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Sozialen Diensten, Job-Centern und Jugendämtern in Städten, Gemeinden und Kreisen zur raschen Orientierung.



Inhalt

61. Jahrgang
Juli - August 2007

Bücher und Medien	4
Nachrichten	5

Thema 50 Jahre EU

Günter Thum Der Beitrag der Kommunen zur europäischen Integration	6
Interview mit Bürgermeister Hans-Josef Vogel über seine Arbeit im Ausschuss der Regionen	9
Iris Gehrke Städtepartnerschaften der Stadt Bergisch Gladbach	11
Susanne Knäpper EU-Strukturfonds und Förderprogramme für NRW	13
Christof Sommer, Carmen Harms Der Internationale Hanse-Tag in Lippstadt	16
Claudia Münch Europaarbeit in nordrhein-westfälischen Kommunen	19
Georg Nockemann Städtepartnerschaften der Stadt Haltern am See	21
Barbara Baltsch Das EU-Programm „eTwinning“ für online-Schulpartnerschaften	23

Roland Schäfer Kommunalisierung der Müllabfuhr in der Stadt Bergkamen	25
Angelika Kordfelder Das Entwicklungs- und Handlungskonzept 2020 der Stadt Rheine	28
StGB NRW-Mitgliederversammlung und Gemeindegkongress 2007 in Münster	31

IT-News	32
Gericht in Kürze	33

Titelfoto: Europäische Kommission

Kommunalpolitiker erhalten mehr Geld

Die Aufwandsentschädigung für die Kommunalpolitikerinnen und -politiker in NRW wird zum 1. Juli um drei Prozent erhöht. Wie die Landesregierung mitteilte, werde die Entschädigung damit zum ersten Mal seit Januar 2002 angehoben. Die finanzielle Lage vieler Gemeinden sei zwar angespannt, „aber darunter dürfen nicht diejenigen leiden, die sich in ihrer Freizeit engagieren“, sagte NRW-Innenminister Dr. Ingo Wolf. Ratsmitglieder sollen je nach Gemeindegröße künftig zwischen 184 und 501 Euro monatlich erhalten. Alternativ kann auch eine monatliche Pauschale von 99 bis 414 Euro in Verbindung mit einem Sitzungsgeld von 17 Euro gezahlt werden.

Geburtenrückgang kratzt an der 18-Millionen-Marke

Die Einwohnerzahl in NRW wird wohl unter die Marke von 18 Millionen sinken. Nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik lag das „Bevölkerungspolster“ oberhalb dieser Zahl Ende 2006 gerade noch bei 28.745 Einwohnern. Das waren 29.360 weniger als im Jahr zuvor. Hauptursache für den Bevölkerungsverlust ist der seit Jahren anhaltende Geburtenrückgang. So erreichte 2006 die Geburtenzahl mit weniger als 150.000 Neugeborenen einen neuen Tiefststand. Die Zahl der Sterbefälle war 2006 mit 183.741 zwar um etwa 2.700 geringer als im Vorjahr. Auch zogen 4.400 Personen mehr nach NRW, als das Land verließen. Dies reichte aber nicht aus, um das Geburtendefizit auszugleichen.

Stiftungsboom in NRW weiterhin ungebrochen

Der Stiftungsboom in NRW hält an. Allein 2006 sind 216 rechtsfähige Stiftungen gegründet worden. Das seien 33 mehr als 2005 und ein neuer Rekord, teilte das NRW-Innenministerium mit. Seit 2001 steigt die Zahl der Stiftungen kontinuierlich an. Mit insgesamt 2.725 Stiftungen ist NRW bundesweit führend. Bei den Stiftungszwecken stehen Soziales, Erziehung und Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Kunst und Kultur vorne an. Die Gründung von Stiftungen wird seit 2005 durch das Landesstiftungsgesetz erleichtert.

Kommunen wollen Dienste gemeinsam nutzen

Vier oberbergische Kommunen beschreiten neue Wege, um die Erfüllung ihrer Aufgaben zu optimieren. Die Städte **Hückeswagen**, **Radevormwald** und **Wipperfurth** sowie die Gemeinde **Marienheide** starteten das Pilotprojekt „Shared Services“. Ziel ist es, durch bessere Zusammenarbeit bei bestimmten Verwaltungstätigkeiten Einsparungen zu erzielen und Abläufe zu verbessern. Bereiche der geplanten Zusammenarbeit sind zunächst das Beschaffungswesen, das Immobilien-Management und die Bauhöfe. Begleitet werden die Kommunen während des Projektes von einer Unternehmensberatung.

Land investiert 126 Mio. Euro in den kommunalen Straßenbau

200 neue Projekte werden in diesem Jahr aus dem Programm „Stadtverkehrsförderung 2007 - Kommunale Straßen und Radverkehrseinrichtungen“ unterstützt. Rund 126 Mio. Euro will das Land den Städten und Gemeinden zur Verbesserung ihres Straßennetzes überweisen. Im Vorjahr waren es 121 Mio. Euro. Das Programm fördert den Umbau von Straßen, um die Verkehrssituation zu verbessern sowie Unfallschwerpunkte und Gefahren an Bahnübergängen zu beseitigen. Gebaut werden zudem Schul- und Radwege sowie Umgehungs- und Entlastungsstraßen. Die Projekte wurden nach Beratungen mit den Kommunen durch die Bezirksregierungen und das NRW-Verkehrsministerium ausgewählt.

Weniger Abfall nach Nordrhein-Westfalen importiert

Die Abfall-Importe nach NRW sind im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent auf gut zwei Mio. Tonnen gesunken. Wie das NRW-Umweltministerium mitteilte, habe der Import gefährlicher Abfälle im Vorjahr dabei 594.000 Tonnen betragen. Das seien fünf Prozent weniger als 2005. Demgegenüber seien 2006 die Abfall-Exporte aus NRW auf 644.000 Tonnen gestiegen. Zum Vergleich: 2005 waren es 240.000 Tonnen und 2004 lediglich 151.000 Tonnen.

Filteranlage reinigt PFT-verseuchtes Sickerwasser

In der Stadt Brilon ist eine PFT-Filteranlage in Betrieb genommen worden. Sie filtert das Sickerwasser eines mit der Industriechemikalie PFT verseuchten Maisackers. Die rund eine Mio. Euro teure Anlage muss nach Einschätzung von Experten vermutlich mindestens fünf Jahre laufen. Die Gesamtkosten für die Reinigung des Ackers von zwei Mio. Euro soll der Düngemittel-Hersteller tragen, der das gesundheitsschädliche PFT illegal entsorgt hat. Dies bestätigte das Oberverwaltungsgericht Münster.

Robert Jungk Preis zum demografischen Wandel

Das Städte-Netzwerk NRW, das NRW-Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration sowie die Robert Jungk Stiftung Salzburg vergeben zum fünften Mal den Robert Jungk Preis. Unter dem Thema „Unternehmungs-Lust - Mit Engagement den demografischen Wandel gestalten“ werden Projekte und Initiativen gewürdigt, die soziale Verantwortung und Bürgerengagement mit unternehmerischem Denken verbinden und damit die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden des Landes nachhaltig verbessern. Der Preis wendet sich an soziale und kulturelle Einrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft, zivilgesellschaftliche Akteure und privatwirtschaftliche Unternehmen. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.robertjungkpreis.nrw.de.



◀ Mit zahlreichen Europafesten wurde im Frühjahr 2007 der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge gefeiert

Union macht sich das Fehlen einer Beteiligung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften als Problem im EU-Gefüge bemerkbar.

Man sollte niemals vergessen, dass Städtepartnerschaften in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg den Völkern, die noch kurz zuvor gegeneinander Krieg geführt hatten, erlaubten, sich gegenseitig kennen und schätzen zu lernen. Sie halfen mit, die Europäische Union von der Basis her aufzubauen. Die europäischen Städtepartnerschaften gehören zu den erfolgreichsten kommunalen Aktivitäten, die zum Gelingen der europäischen Integration beigetragen haben.

Seit Beginn der 1950er-Jahre gab es in Deutschland eine breite Städtepartnerschaftsbewegung, bei der deutsch-französische und deutsch-polnische kommunale Partnerschaften eine wesentliche Rolle einnahmen. Ostdeutschland Richtung Polen, Westdeutschland Richtung Frankreich - diese geografische Schwerpunktsetzung hängt zusammen mit den bestimmenden Motiven der kommunalen Partnerschaftsbewegung nach dem 2. Weltkrieg. Es waren dies Versöhnung unter ehemaligen Kriegsgegnern und Sicherung des Friedens in Europa durch Austausch und Begegnung.

Mosaiksteine des vereinten Europa

Auf vielfältige Weise leisteten und leisten Kommunen einen Beitrag zum europäischen Integrationsprozess - über Städtepartnerschaften, fachlichen Austausch und politische Mitwirkung



DER AUTOR

Günter Thum ist Mitglied des Rates der Stadt Rheine und Vorsitzender des DStGB-Europaausschusses

Am 25. März 2007 hat Europa den 50. Geburtstag der Römischen Verträge gefeiert. Diese bildeten die Grundlage der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und waren Grundstein für alle weiteren Fortschritte im Vereinigungsprozess der Europäischen Union. Sie eröffnen darüber hinaus Visionen für die Zukunft.

Visionen hatten aber auch schon zur damaligen Zeit mutige Männer und Frauen. Einer von diesen war Jean Monnet, der schon zur damaligen Zeit sagte: „Wir bringen Menschen zusammen, nicht Nationen“. Er hat damit genau das zum Ausdruck gebracht, was Anliegen und Aufgabe der europäischen Integration ist. Darüber hinaus hat er mit diesem Satz die Begründung für das

kommunale Engagement in und für Europa gegeben.

Das Europa der Bürger war und ist das Fundament der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der heutigen Europäischen Union. Denn Europa gestaltet sich als erstes dort, wo die Bürger und Bürgerinnen leben, wohnen und arbeiten, also in den Städten und Gemeinden unserer europäischen Länder. Daher ist die Europäische Union gut beraten, den Bürger in seinem Umfeld und damit den Städten und Gemeinden in der weiteren Entwicklung Europas einen angemessenen Stellenwert einzuräumen.

ERST GEMEINSAMER MARKT

Bedauerlicherweise sind die Regionen, geschweige denn die Kommunen, in den Gestaltungsprozess Europas kaum einbezogen worden. Denn zu Beginn stand die Schaffung eines gemeinsamen Marktes im Vordergrund. Aber mit der Zuweisung vieler neuer Zuständigkeiten an die Europäische

BREITE PARTNERSCHAFTSBEWEGUNG

Zwischen 1960 und 1970 hat sich die kommunale Partnerschaftsbewegung in Deutschland konsolidiert und intensiviert. Es gab zusätzlich viele Partnerschaften auch zu Kommunen anderer Nationen. Heute besteht die deutsche Städtepartnerschaftsbewegung aus einem eng geknüpften Netz von fast 7.000 städtepartnerschaftlichen Beziehungen zu Kommunen in 87 Ländern rund um den Erdball.

Einen deutlichen Aufschwung erhielt die kommunale Partnerschaftsbewegung aus westdeutscher Sicht durch die deutsch-polnische und deutsch-russische Annäherung Mitte der 1970er-Jahre und dann nochmals mit dem Fall des Eisernen Vorhangs Ende der 1980er-Jahre. Dabei nahm nicht nur die Zahl der kommunalen Partnerschaften zu, sondern auch die Zahl der Kontakte und Aktivitäten im Rahmen dieser Partnerschaften.

Schwerpunkt der Aktivitäten waren und sind Kulturaustausch und Jugendaustausch. Beide stehen in engem Zusammenhang mit den Hauptmotiven der Städtepartnerschaftsbewegung: Aussöhnung und Sicherung friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern. Mit dem Jugend- und Kulturaustausch werden die Voraussetzungen geschaffen, dass Vorurteile als solche erkannt werden, dass das Fremde und das Andersartige verstanden und akzeptiert wird und dass sich der eigene Horizont im Sinne größerer Toleranz erweitert.

In der jüngeren Zeit hat sich die der Partnerschaftsbewegung zugrunde liegende Philosophie weiterentwickelt. Zu den wichtigen Zielen der Jahre von 1950 bis 1970, nämlich Versöhnung und Friedenssicherung durch Begegnung, kamen weitere Elemente hinzu, die in der Partnerschaftsbewegung in den vergangenen 20 Jahren immer spürbarer geworden sind. Grundsätzlich ist eine stärkere Ausrichtung auf aktuelle Problemstellungen festzustellen.

MEHR FACHLICHER AUSTAUSCH

Lange Zeit wurde stark darauf geachtet, die Partnerschaftsbeziehungen bürgerorientiert zu gestalten, sodass die Kommune praktisch nur den zeremoniellen Rahmen bereitstellte. Fachlicher Austausch von Kommunalbeamten wurde abfällig als „Bürgermeistertourismus“ bezeichnet und daher auch vonseiten der Kommunen nicht in Angriff genommen.

Dies hat sich in den zurückliegenden Jahren verändert. Inzwischen wird die kommunale Partnerschaft auch als Forum angesehen, auf dem sich Kommunalverwaltungen zu spezifischen Fragenstellungen und Problemen austauschen. Kommunalpolitik ist somit zu einem Thema der Partnerschaften geworden.

Auch im gesellschaftlichen Bereich haben sich die Begegnungsfelder erweitert. Der Austausch von Theatern, sozialen Einrichtungen, Berufsgruppen oder bestimmten gesellschaftlichen Gruppen wie etwa Senioren zu spezifischen Themen hat in jüngster Zeit zugenommen. So ist eine vielfältige Vernetzung der Partnerschaften jenseits von Jugendaustausch und Kulturaustausch entstanden.

NETZWERK FÜR FÖRDERMITTEL

Die Bereitstellung von EU-Fördermitteln hat in den vergangenen Jahren dazu geführt,

dass immer mehr Kommunen ihre kommunalen Partnerschaften in den Dienst europaweiter kommunaler Netzwerke gestellt haben, in deren Rahmen spezifische Projekte gemeinsam erarbeitet wurden. Diese von der EU geforderte und geförderte projektbezogene Arbeit richtete sich zunächst nicht spezifisch an Städtepartner. Jedoch waren diese besonders rasch in der Lage, auf das Angebot zu reagieren, da die Netzwerkpartner über die Städtepartnerschaft bereits vorhanden waren.

Die EU-Förderprogramme haben daher einen wesentlichen Anteil an einer Neuorientierung oder besser gesagt Erweiterung der Städtepartnerschafts-Philosophie. Selbst in den traditionellen Bereichen des Kultur- und des Jugendaustausches hat der Projektgedanke stärker Einzug gehalten.

Doch haben Partnerschaften in der bisherigen Form noch eine Zukunft? Wenn man genauer hinsieht, stellt man fest, dass Jugendliche selten dabei sind. Tatsächlich stellt sich die Frage, ob man heute noch Partnerschaften braucht, um fremde Städte und Länder kennen zu lernen. Daher muss vor allem deutlich gemacht werden, dass kommunale Partnerschaften etwas

zu bieten haben, was auf die Probleme, Sorgen und Fragestellungen der Jugendlichen eingeht.

JUGENDLICHE EINBINDEN

Als Beispiel sei auf den Fremdsprachenerwerb sowie die Aus- und Fortbildung hingewiesen. Im Zeitalter der Europäisierung und Globalisierung wird es für Jugendliche immer wichtiger, Fremdsprachen zu beherrschen und sich mühelos in verschiedenen Kulturen zu bewegen. Kommunale Partnerschaften sind ein verlässliches Netzwerk, auf dessen Basis Schüler, Lehrlinge und Betriebe Fremdsprachen austauschen und Berufspraktika organisieren können.

Städte- und Gemeindepartnerschaften bieten über das gesellschaftliche Netz, das sie durch die Einbindung der Bürger bilden, mehr als nur einen Sprach- und Ausbildungsaufenthalt. Sie gewährleisten das Eintauchen in die jeweilige Gesellschaft mit den damit verbundenen kulturellen Lernprozessen.

Ebenso ist darauf hinzuwirken, Jugendliche stärker in die konzeptionelle Partnerschaft einzubeziehen. Junge Menschen sollten

ZUR SACHE

In seiner Europaerklärung in Rom hat der **Ausschuss der Regionen** am 23. März 2007 Folgendes bekundet:

- weiterhin zur Schaffung einer immer engeren Bindung zwischen den Völkern Europas beizutragen und dabei stets für die Achtung der regionalen und lokalen Vielfalt und Identität sowie die regionale und kommunale Selbstverwaltung einzutreten;
- einen direkten Dialog mit unseren Mitbürgern über die Errungenschaften der Union und die künftigen Herausforderungen zu führen und die Rolle des Ausschusses der Regionen im gemeinschaftlichen Beschlussfassungsprozess zu stärken;
- flankierend zu den auf EU-Ebene ergriffenen Maßnahmen zur Lösung der Probleme die für die EU-Bürgerinnen und Bürger und die künftigen Generationen von fundamentaler Bedeutung sind, wie der Umweltschutz und die globale Erwärmung, durch den Einsatz von finanziellen Mitteln und personellen Ressourcen dazu beizutragen, gemeinsame Konzepte zu entwickeln, die effizient, tragfähig und nachhaltig sind;
- für eine Würdigung und Verbreitung der Erfahrung zu sorgen, die wir bereits mit den neuen Formen der Bürgerbeteiligung, der Erschließung des kulturellen und wirtschaftlichen Potentials der Gebietskörperschaften, des Umgangs mit der Vielfalt sowie der Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften innerhalb der Union und zwischen der EU und ihren Nachbarn bzw. anderen Ländern der Welt gesammelt haben;
- die Staats- und Regierungschefs im Hinblick auf einen raschen Abschluss des Verfassungsprozesses und der unerlässlichen Reform der Verträge zu unterstützen, ohne dabei Errungenschaften anzutasten, die bereits von den Gebietskörperschaften bzw. für diese erlangt wurden, insbesondere in Bezug auf die Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und den territorialen Zusammenhalt der Europäischen Union.

Europäischer Verwaltungspreis

Die Bertelsmann Stiftung, die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer und die European Group of Public Administration haben mit Unterstützung des Bundesinnenministeriums einen europäischen Verwaltungspreis ausgelobt. Mit diesem „European Public Sector Award“ sollen Verwaltungen in ganz Europa motiviert werden, von guten Beispielen zu lernen und ihre Verwaltungsstrukturen zu modernisieren. In der Kategorie „Gemeinsam Handeln“ werden Verwaltungen ausgezeichnet, denen die nachhaltige Beteiligung von BürgerInnen gelungen ist. Um die Steigerung von Effizienz und Effektivität geht es in der Kategorie „Mehrwert schaffen mit knappen Mitteln“. In der Kategorie „Den Wandel Steuern“ werden Konzepte prämiert, wie den Herausforderungen des demografischen Wandels am besten begegnet werden kann.

Weitere Informationen im Internet unter www.eps-award.eu

nicht nur Konsumenten von Programmen und Projekten der kommunalen Partnerschaftsarbeit sein, sondern auch als Initiatoren und Mitglieder eingebunden werden. So gibt es zwischenzeitlich ein Netzwerk unter Partnerstädten, Jugendbotschafter auszutauschen, verbunden mit Praktiken in den jeweiligen Stadtverwaltungen der Partnerkommunen.

Insgesamt nehmen kommunale Partnerschaften auch unter veränderten Bedingungen einen wichtigen Platz in der EU ein. Das erkennt auch die EU selbst an. Sie hat gerade ein Programm unter dem Namen „Europa der Bürger“ aufgelegt, das über die kommenden sieben Jahre städtepartnerschaftliche Aktivitäten mit 215 Mio. Euro unterstützt.

CHARTA FÜR SELBSTVERWALTUNG

Der Europarat mit seinen 46 Mitgliedsstaaten hat 1985 die Charta der kommunalen Selbstverwaltung verabschiedet. Um diese hatten sich europäische Kommunen, die im Rat der Gemeinden und Regionen Europas zusammengeschlossen sind, seit 1953 bemüht. Die Charta ist für den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas beim Eu-

roparat die Grundlage, die alle Staaten anerkennen müssen, die Mitglied des Europarates sind oder werden wollen.

Ziel der Gemeinden und Regionen Europas ist es, dass das Prinzip der lokalen und regionalen Selbstverwaltung in eine europäische Verfassung oder in einem institutionellen Vertrag aufgenommen wird. Diese europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung verweist ausdrücklich auf deren grundlegende Bedeutung für die Demokratie. Die jungen Demokratien finden hier ein Leitbild für ihre Rechtsreform. Einige Staaten haben bereits die Grundsätze der Charta in ihre Verfassung aufgenommen.

Europa steckt zurzeit in einer schwierigen Phase. Auslöser der Probleme sind die ablehnenden Referenden in Frankreich und in den Niederlanden zum europäischen Verfassungsvertrag. Der deutschen Ratspräsidentschaft wurde aufgetragen, einen Fahrplan zu entwerfen, um den Verfassungsprozess wieder in Gang zu bringen. Zwischenzeitlich ist allen Beteiligten klar, dass zur Weiterentwicklung Europas eine Verfassung als Grundlage von allen Staaten ratifiziert werden muss.

GROSSE ZUSTIMMUNG ZUR EU

Zahlreiche Umfragen machen deutlich, dass das Bekenntnis vieler Bürgerinnen und Bürger zu Europa unerschütterlich ist - insbesondere, wenn es um die Werte Frieden, Freiheit und Demokratie geht. Nach den Eurobarometerumfragen von 2006 liegt die Zustimmung zur EU im Durchschnitt bei 53 Prozent. In Deutschland sind 58 Prozent der Befragten für die EU-Mitgliedschaft, doch nur 28 Prozent glauben, dass die Union sich in die richtige Richtung entwickelt.

Das Problem scheinen die Institutionen und deren Europapolitik zu sein. Diese Erkennt-

nis deckt sich auch mit den Ergebnissen vieler Veranstaltungen. Woran es also mangelt und wo man vorrangig ansetzen muss, ist, den Menschen die Europaarbeit und die aktuellen europäischen Vorhaben und Zielsetzungen zu vermitteln. Die Institutionen müssen sich den Bürgerinnen und Bürgern mehr öffnen, und die Gestaltungsmöglichkeiten müssen auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene - beispielsweise im Rahmen von Projekten - offensiver angeboten werden.

Auch hier sind die Kommunen und Regionen als die staatliche Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten steht, wertvolle Partner. Viele Städte, Gemeinden und Kreise haben sich dieser Aufklärungs- und Informationsarbeit verschrieben. So hat der Rat der Stadt Rheine während der deutschen Ratspräsidentschaft eine Sondersitzung durchgeführt, die sich ausschließlich mit Europa befasste.

Ebenso haben zahlreiche Kommunen in Deutschland, insbesondere größere Städte, Europareferate eingerichtet, die, neben der Information der eigenen Verwaltung über für sie relevante Vorgänge auf europäischer Ebene, über die Mitwirkungsmöglichkeiten der Kommunen beispielsweise an Konsultation und über die europäischen Förderprogramme auch bürgerbezogene Informationen aufbereiten und zur Verfügung stellen.

KOMMUNEN ALS PARTNER

Städte und Gemeinden können ihre Rolle als Unterstützer Europas vor Ort aber nur dann wirklich erfüllen, wenn sie in Europa - von den europäischen Institutionen und Regierungen der Mitgliedsstaaten - als Partner anerkannt werden. Das bedeutet vor allem, dass sie in den politischen Prozess auf europäischer Ebene mit eingebunden sind und dass ihre Stimme als die Stimme derje-

Am 25. März ►
1957 setzten die
Vertreter der sechs
Gründerstaaten
der damaligen
Europäischen
Wirtschafts-
gemeinschaft ihre
Unterschrift unter
die Römischen
Verträge



nigen Ebene, die eine Vielzahl der Verordnungen und Richtlinien, die in Brüssel erlassen werden, umsetzen müssen, gefragt und gehört wird.

In dieser Richtung hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten zweifelsohne einiges zum Besseren bewegt. Allerdings fühlen sich die Gemeinden und Regionen auch heute noch unterrepräsentiert. Mit dem Ausschuss der Regionen, der mit dem Maastrichter Vertrag 1992 ins Leben gerufen wurde, haben die Kommunen und Regionen zumindest eine offizielle Einrichtung im Rahmen der EU, über die sie ihre Anliegen einbringen können.

Allerdings muss man hier insbesondere die Umsetzung in Deutschland hinterfragen. Im Ausschuss der Regionen hat Deutschland 24 Mandate. Von diesen werden 21 von den Ländern wahrgenommen. Drei Mandate stehen jeweils den kommunalen Spitzenverbänden zu - sprich: dem Landkreistag, dem Städtetag sowie dem Städte- und Gemeindebund.

PARITÄT IM EUROPARAT

Damit ist das Verhältnis der Regionen - sprich: Länder - mit 21 Mandaten zu den Kommunen - sprich: Kreise, Städte und Gemeinden - mit drei Mandaten bei weitem nicht ausgeglichen. Anders verhält es sich beim Europarat. Dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas gehören 18 deutsche Vertreter an, darunter neun Vertreter der Länder und neun Vertreter der kommunalen Spitzenverbände.

Im Entwurf des Verfassungsvertrages um dessen Revitalisierung sich die deutsche Ratspräsidentschaft bemüht hat, wird - erstmals in einem Grundlagendokument der EU - die kommunale Selbstverwaltung als Bestandteil der Identität der Mitgliedsstaaten anerkannt. Das sind Grundlagen, die vor 50 Jahren nicht vorstellbar waren und selbst vor 25 Jahren noch unerreichbar fern erschienen.

Insofern sind 50 Jahre europäische Integration nicht nur ein Grund, dieses Ereignis zu feiern, sondern auch Anlass, den Einzug der kommunalen Dimension in die Europäische Union zu begreifen. Kommunen eröffnen den Zugang zu den Bürgerinnen und Bürgern in Europa, und die Subsidiarität ist der Schlüssel, mit dem die EU dieses Tor öffnen kann. Daher ist es wichtig, dass die Kommunen die Entwicklung der Europäischen Union weiterhin kritisch, aber in der Grundausrichtung stets konstruktiv begleiten. ●

„Vielfalt Europas als Stärke erkennen“

Über seine Arbeit im EU-Ausschuss der Regionen (AdR) als einer von drei deutschen kommunalen Vertretern sprach STÄDTE- UND GEMEINDERAT mit Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnsberg

STÄDTE- UND GEMEINDERAT: Herr Vogel, Sie sind seit Februar 2006 Mitglied des Ausschusses der Regionen der EU. Lohnt sich die regelmäßige Fahrt nach Brüssel?

Hans-Josef Vogel: Ja, gerade in der heutigen Zeit. Die Städte und Regionen gewinnen für die Europäische Union spürbar an Bedeutung. Und umgekehrt gewinnt die Europäische Union auf kommunaler Ebene immer mehr an Bedeutung. Etwa durch die europäische Gesetzgebung: Mehr als 60 Prozent aller kommunalrelevanten Gesetze und Verordnungen entstehen in Europa. Und durch die europäischen Förderprogramme: erstmals gibt es eine Förderpriorität für städtische Entwicklung. Europapolitik ist Innenpolitik, Alltagspolitik.

Der AdR ist neben der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem EU-Ministerrat lediglich ein beratendes Gremium. Was kann man da bewirken?

Hans-Josef Vogel: Viel. Zunächst, dass überhaupt die Potenziale der Städte und Regionen für die europäische Politik erkannt und genutzt werden. Dann, dass unsere Interessen und Erfahrungen gemeinschaftlich formuliert werden. Und der AdR findet über die formellen Beratungsrechte Gehör insbesondere bei der Kommission. Ich bin davon überzeugt, dass die Bedeutung des AdR künftig weiter wachsen wird, und zwar im Gleichklang zu der wachsenden neuen Bedeutung der Städte und Regionen für Europa und umgekehrt. Wir brauchen künftig in Europa - und das wird immer klarer - ein Konzept von Multi-level-governance. Daran muss der AdR mitarbeiten als Teil dieser neuen Governance.

Von 344 AdR-Mitgliedern sind 24 aus Deutschland, davon 21 aus den Bundesländern. Haben die verbleibenden drei Kommunalvertreter überhaupt Gewicht?



▲ Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnsberg, ist seit Frühjahr 2006 Mitglied des EU-Ausschusses der Regionen

Hans-Josef Vogel: Natürlich ist der kommunale Anteil auf der deutschen Seite unterrepräsentiert. Man kann argumentieren, dass die deutschen Vertreter im AdR unterrepräsentiert sind im Vergleich zur Bevölkerungszahl. Aber wir Kommunalvertreter arbeiten mit den Vertretern der anderen Städte gut zusammen. Wir dürfen nicht nur eine nationale Sicht pflegen, sondern wir nutzen die Chancen, die sich aus der Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Städten ergeben.

Von welchen Themen wurden Sie in den sieben Plenarsitzungen bisher am meisten angesprochen?

Hans-Josef Vogel: Von den Themen, die sich mit der neuen Bedeutung der Städte und Regionen für die europäischen Angelegen-

heiten beschäftigen. Mich hat ungemein beeindruckt, welche Chancen darin liegen, wenn wir unsere Vielfalt und unterschiedlichen Erfahrungen einbringen können in die Stellungnahmen. Das hat dazu geführt, dass auf der europäischen Ebene Vielfalt - auch der Kommunen - immer mehr als Stärke wahrgenommen wird. Vielfalt findet politisch im AdR zusammen und wird dadurch erhalten. Ich freue mich, daran mitwirken zu können. Es ist eine spannende Zeit, weil sowohl dem Europäischen Parlament wie auch der Kommission und dem Ministerrat deutlich geworden ist, dass es ohne Städte und Gemeinden künftig nicht gehen wird.

Noch einmal die Nachfrage: gab es Top-Themen?

Hans-Josef Vogel: Das Thema „Kohäsionspolitik und Städte“. Die Beratung über die „Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen“. Die Modernisierung und Vereinfachung der Kohäsionspolitik, der Förderfonds. Die Arbeiten zur „Subsidiaritätskontrolle“. Die kreative Einflussnahme des AdR, um neue Bewegung in den Prozess des Verfassungsvertrages zu bringen. Eine neue auf Teilhabe ausgerichtete europäische Kommunikationspolitik.

Seit der jüngsten EU-Erweiterung sind 27 Nationen im AdR vertreten. Zu welchen nationalen Gruppen gibt es nähere Kontakte?

Hans-Josef Vogel: Die nationale Kategorie spielt im AdR weniger eine Rolle. Wichtiger Orientierungspunkt ist für mich: Wer bringt Neues, wer bringt Innovation ein? Wichtig sind die Kontakte zu den Ländern, die nach der Wende in die EU gekommen sind. Gerade die Vertreter dieser Länder wissen in besonderer

▼ Als Delegierte des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vertreten Hans-Josef Vogel (2. v. rechts) und sein Stellvertreter Günter Thum (rechts) gemeinsam mit ihren Kollegen vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Landkreistag die Interessen der deutschen Kommunen beim AdR



ZUR SACHE

Der Ausschuss der Regionen (AdR) vertritt die regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften bei der EU. Der Ausschuss setzt sich aus 344 Mitgliedern und derselben Anzahl Stellvertretern zusammen. Die 24 AdR-Mitglieder und ihre Stellvertreter aus Deutschland tagen - anders als die Mitglieder des Europäischen Parlaments - nicht ständig in Brüssel. Wegen ihrer Verpflichtungen auf regionaler oder kommunaler Ebene kommen sie lediglich zu Plenartagungen oder Sitzungen der Fachkommissionen zusammen. Europäische Kom-

mission und Rat müssen den AdR in sämtlichen Bereichen, wo Gesetzesvorschläge der EU Auswirkungen auf die regionale und kommunale Ebene haben könnten, um Stellungnahme bitten. Außerdem kann der AdR zu jedem ihm wichtig erscheinenden Thema die Initiative ergreifen und damit die politische Agenda der Union beeinflussen. Seit 1999 kann nicht nur die Kommission oder der Rat, sondern auch das Europäische Parlament den AdR konsultieren. Weitere Informationen im Internet unter www.cor.europa.eu.

Weise die neu gewonnenen Stärken der kommunalen Selbstverwaltung zu schätzen. Nicht nur, um effiziente Verwaltung und Politik zu betreiben, sondern auch, um die Demokratie und die Teilhabe der Bürger zu stärken.

Der AdR muss in Bereichen wie Verkehr oder Umwelt um seine Meinung gefragt werden. Hat sich während Ihrer Mitgliedschaft ein AdR-Votum schon einmal durchgesetzt?

Hans-Josef Vogel: Ja, und es sind nicht nur einzelne Voten wie beim öffentlichen Nahverkehr, bei Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei der Neugestaltung der Strukturfonds. Ich habe beobachtet, dass doch ein großer Wert insbesondere auf die Stellungnahmen aus dem AdR gelegt wird. Und dass diese Stellungnahmen - vielleicht nicht eins zu eins, aber von ihrer grundsätzlichen Bedeutung - stärker berücksichtigt werden als früher. Lesen Sie einmal die neue Mitteilung der Kommission an Rat und Parlament zum Thema „Kohäsionspolitik und Städte“ oder die „Leipzig Charta des Ministerrates zur nachhaltigen europäischen Stadt“.

Ist der AdR in seiner jetzigen Gestalt optimal oder was würden Sie ändern?

Hans-Josef Vogel: Man kann sicherlich vieles fordern, insbesondere dass die Beratung konkret durch Mitwirkungsrechte ergänzt oder erweitert wird. Aber in Deutschland haben die Städte keine Beratungsrechte bei der

Gesetzgebung. Der AdR muss Teil einer neuen Governance-Strategie sein. Was ich weiter für wichtig halte - sowohl im AdR als auch generell für die europäische Ebene - ist, dass Europa eine bessere Kommunikation erhält im Sinne einer größeren Teilhabe der Bürgerschaft, der Städte und Regionen. Gerade hier kann der AdR über seine Beratungsfunktion hinaus künftig mehr leisten.

Wie wäre das technisch umzusetzen?

Hans-Josef Vogel: Wir müssen viel stärker die Möglichkeiten des Internet nutzen. Dann können wir uns schon sehr viel früher und auf breiterer Ebene in Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission zu Wort melden. Wir sollten keine Scouts mehr nötig haben, um europäische Förderprogramme herausfinden und nutzen zu können.

Käme eine zweite Amtszeit im AdR für Sie infrage?

Hans-Josef Vogel: Ich habe mich zunächst für nur eine Amtszeit entschieden, denn für einen Bürgermeister gilt natürlich, dass seine eigene Stadt immer Vorrang hat. Zurzeit lässt sich das gut vereinbaren, weil ich auch für meine Arbeit in Arnberg eine Menge der Erfahrungen, die ich im AdR gewonnen habe, nutzen kann.

Hat sich Ihr Bild von der Europäischen Gemeinschaft durch die Mitarbeit im AdR verändert?

Hans-Josef Vogel: Ja. Mir ist noch einmal deutlich geworden, dass Europa eine zentrale Stärke hat: Vielfalt seiner Städte, seiner Regionen, seiner Sprachen und Kulturen. Das unterscheidet uns von den anderen Kontinenten und internationalen Zusammenschlüssen. Und das Zweite ist, dass die europäische Bürokratie in den Nationalstaaten oft zu unrecht als schematisch und unflexibel kritisiert wird. Ich habe den Eindruck, dass in der Verwaltung des vereinten Europa gute Arbeit geleistet wird. Ich habe aber auch den Eindruck gewonnen, dass wir zugleich zu neuen Steuerungs- und Koordinierungsstrukturen kommen müssen zwischen den unterschiedlichen Ebenen von Europa - über die Nationalstaaten bis hin zu den Städten und Gemeinden unter Einschluss der Bürgergesellschaft.

Die Fragen stellte Martin Lehrer

Jugendliche gingen Erwachsenen voran

Als Bausteine zu einem geeinten Europa hat man in Bergisch Gladbach die Städtepartnerschaften verstanden, deren erste 1956 geschlossen wurde



DIE AUTORIN

Iris Gehrke ist Leiterin Presse und Öffentlichkeitsarbeit/Stadtmarketing der Stadt Bergisch Gladbach

Wir führen nicht Staaten zusammen, sondern Menschen.“ Mit diesem Ausspruch brachte im Jahr 1952 Jean Monnet, Mitbegründer der Europäischen Union, einen wichtigen Grundsatz europäischer Einigungspolitik auf den Punkt. In diesem Satz steckt die Einsicht, dass Einheit und Frieden unter den Völkern Europas nicht allein durch staatliche Verträge „von oben“ durchgesetzt werden können. Vielmehr bedarf es auch der Aussöhnung und Verständigung der Bürgerinnen und Bürger, damit die Vision eines friedlichen und demokratisch geeinten Europa nicht bloß abstrakte Idee bleibt.

Die Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahr 1957 stellte die Weichen für das wirtschaftliche und politische Zusammenwachsen der Völker Europas und kann damit zu Recht als historisches Ereignis gelten. Nicht vergessen werden sollte dabei, dass diese Integrationsbestrebungen auf höchster staatlicher Ebene unterstützt wurden durch vielfältige Bemühungen in den Städten und Gemeinden. Insbesondere Städtepartnerschaften leisteten einen wichtigen Beitrag zur Aussöhnung der Völker und förderten den europäischen Integrationsprozess „von unten“.

Die Städtepartnerschaften der Stadt Bergisch Gladbach sind ein gutes Beispiel für diesen Weg der Annäherung. In den frühen Fünfziger Jahren - also noch vor den Römi-

schen Verträgen - gelang es der Kreisstadt Bergisch Gladbach, vermittelt durch einen Professor der Pariser Sorbonne, erste Fühlung mit dem westlichen Ausland aufzunehmen. Ab 1950 kam es über das Kreisjugendamt zu Kontakten zwischen dem hiesigen Kreisjugendring und dem Youth Service Officer aus Luton. Dies führte dazu, dass ein Jahr später Jugendleiter aus Luton an einem von der Volkshochschule veranstalteten Kursus teilnahmen.

KEIMZELLE JUGENDAUSTAUSCH

Hieraus entwickelte sich ein regelmäßiger Jugendaustausch zwischen Bergisch Gladbach und Luton. Bereits zu Beginn der Fünfziger Jahre kann man von sichtbaren Erfolgen solcher Jugendarbeit sprechen. Parallel zur Entwicklung europäischer Organisationen - hier sei nur der „Rat der Gemeinden Europas“ genannt - fanden diese Unternehmungen mehr und mehr Zuspruch.

Nach wiederholten Besuchen der Jugend-

leiter kam im April 1954 Bürgermeister Janes aus Luton zu einem ersten Gedankenaustausch nach Bergisch Gladbach. Ihm folgte im Juni 1955 Alderman Lawrence. Von da an drängten die Ereignisse erkennbar auf eine Städtefreundschaft hin. Der damalige Bergisch Gladbacher Stadtdirektor Dr. Peter Kentenich vereinigte durch sein Amt und die Geschäftsführung der örtlichen „Europa-Union“ alle Möglichkeiten in einer Hand und verstand es, das Verständnis dieses Anliegens in Politik und Verwaltung zu wecken.

Im Juni 1955 entschloss sich der Rat der Stadt Bergisch Gladbach zu einer Studienfahrt in die Niederlande, um Kontakt zur Velsler Jeugd Centrale aufzunehmen. Nachdem im April 1956 der Präsident von „The Luton Band“ in der Kreisstadt gewesen war, besuchte Dr. Kentenich mit Vollmacht des Rates nacheinander Velsen und Bourgoin, um Verhandlungen im Sinne einer Städtepartnerschaft zu führen.

ERKLÄRUNG ZUR PARTNERSCHAFT

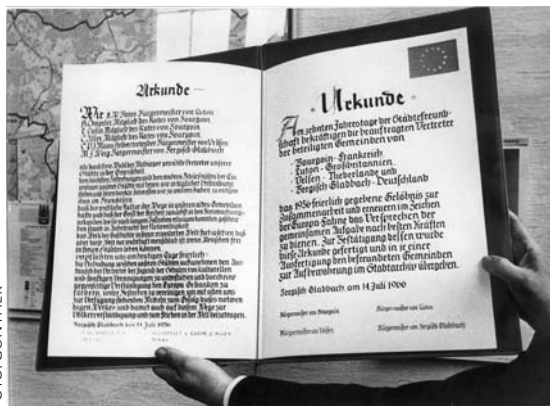
Am 14. Juli 1956 war es dann so weit. Auf der Treppe des Rathauses in Bergisch Gladbach unterzeichneten die Bürgermeister von Luton, Velsen, Bourgoin (heute Bourgoin-Jallieu) und Bergisch Gladbach eine Erklärung zur Partnerschaft, die bis heute Bestand hat. Die Städte verpflichteten sich, „Verbindungen aufzunehmen, den Austausch der Vertreter der Jugend, der Schulen, von kulturellen und sonstigen Vereinigungen zu unterstützen und durch eine gegenseitige Ver-



FOTO: GÜNTHER

M. H. Chapelet, Stadtverordneter der Stadt Bourgoin, unterzeichnete am 14. Juli 1956 vor dem Rathaus der Stadt Bergisch Gladbach die Partnerschaftsurkunde

FOTO: GÜNTHER



◀ Anlässlich des zehnten Jahrestages wurde am 14. Juli 1966 die Städtefreundschaft zwischen Bourgoin, Luton, Velsen und Bergisch Gladbach bekräftigt

Wunsch, Gräben zuzuschütten, stärker als Vorurteile und historische Ressentiments. Zum Ausdruck kommt dieser tief empfundene Versöhnungswille auch darin, dass die vier verschwisterten Städte im Jahr 1966 ihr Partnerschaftsversprechen feierlich erneuerten.

WEITERE VERBINDUNGEN

Bei dieser Vierer-Städtepartnerschaft ist es in Bergisch Gladbach nicht geblieben. Weitere Verbindungen kamen hinzu. Zu nennen sind vor allem die frühen Bemühungen der Stadt Bensberg, die 1960 in der Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrages mit der französischen Stadt Joinville-le-Pont mündeten. Positiver Schneeballeffekt: Zu diesem Zeitpunkt

pflgte Joinville-le-Pont bereits freundschaftliche Kontakte zum englischen Egham (heute: Runnymede).

Was lag näher, als auch diese ausgestreckte Hand anzunehmen? Im Mai 1965 besiegelten Egham und Bensberg ihre Partnerschaft, sodass ein freundschaftliches Dreiecksverhältnis Bensberg-Egham-Joinville-le-Pont entstanden war. Nach der kommunalen Neugliederung 1975 beschloss der Rat der neuen Stadt Bergisch Gladbach, die fünf bestehenden Städtepartnerschaften weiter zu pflegen. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs seit den 1980er-Jahren und der EU-Osterweiterung rückten dann Städte in Osteuropa in den

Blick städtepartnerschaftlicher Aktivitäten. Auch hier erkannte Bergisch Gladbach frühzeitig die Zeichen der Zeit und bemühte sich noch vor dem Zusammenbruch des damaligen „Ostblocks“ um Verbindungen im osteuropäischen Ausland.

KONTAKT NACH OSTEN

Das positive Ergebnis dieser Bemühungen: Am 3. August 1989 nahm man partnerschaftliche Kontakte zur litauischen Stadt Marijampole auf. Hinzu kam 1991 eine Städtefreundschaft mit der zyprischen Stadt Limassol. Letzter Baustein ist die am 24. April 1993 mit der polnischen Stadt Pszczyzna geschlossene Städtepartnerschaft.

Diese Städtepartnerschaften waren in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ein lebendiger Teil der Stadtgeschichte. Allerdings unterliegen auch diese Beziehungen dem Wandel. Es ist nicht zu übersehen, dass Städtepartnerschaften es heute schwerer haben als früher. Beeinflusst durch Globalisierung, grenzenlosen Reiseverkehr und die Tatsache, dass Frieden und Verständigung in Europa mittlerweile als selbstverständlich erlebt werden, haben die Städtepartnerschaften heute einen anderen Stellenwert. Auch finanzielle Sorgen zwingen die Partnerstädte, bei der Pflege ihrer Städtepartnerschaften kürzer zu treten.

In der Veränderung liegen aber auch Chancen. Immer wichtiger wird zum Beispiel die Rolle bürgerschaftlichen Engagements in Ergänzung zu den offiziell gepflegten Kontakten. Mit der Unterstützung zahlreicher Vereine, Verbände, Schulen, Kirchen und sonstiger Einrichtungen - und auch durch das Wirken vieler Einzelpersonen - können die Städtefreundschaften auch künftig ein Erfolgsmodell sein. Gerade in der heutigen Zeit ist der Blick über die Grenzen und der interkulturelle Austausch wichtiger denn je. ●

FOTO: STADTARCHIV BERGISCH GLADBACH



▲ Schon früh besuchte die Fußballgruppe der KAB St. Marien Gronau ihre Fußballfreunde im niederländischen Velsen

ständigkeit den Europa-Gedanken zu fördern“. Ausdrücklich sah man die Städtepartnerschaft als Beitrag, „auf diesem Wege zur Völkerverständigung und zum Frieden in der Welt beizutragen“.

Der tief empfundene Wunsch nach Frieden und Verständigung, der in dem Dokument zum Ausdruck kommt, ist nicht nur „Papier“ geblieben. Im Laufe der Jahre haben unzählige Aktivitäten und wechselseitige Besuche viele tausend Menschen zusammengeführt, die vielfach sogar Freundschaft geschlossen haben. Beispielhaft sind die zahlreichen Jugendbegegnungen, Schüleraustausche, Konzertaufführungen, Kunstausstellungen, Sportlertreffen und nicht zuletzt die Begegnungen zwischen karitativen Verbänden sowie Treffen auf politischer Ebene.

Im ersten Jahrzehnt waren die Kontakte, die Bergisch Gladbach mit den drei Partnerstädten pflegte, geprägt von den noch persönlich erlebten Schrecken des Zweiten Weltkriegs und des nationalsozialistischen Terrors. Letztlich waren jedoch die Aufbruchsstimmung der Jugend und der



FOTO: NRW SPD

Dr. Ralf Niermann (SPD) ist neuer Landrat des Kreises Minden-Lübbecke. Der 43-Jährige hat Staats- und Rechtswissenschaften in Freiburg und Münster studiert und ist seit 1992 promovierter Volljurist. Nach einer Tätigkeit als Rechtsanwalt wurde er 1995 Referent der SPD-Landtagsfraktion in Brandenburg und später persönlicher Referent des damaligen brandenburgischen Innenministers Al-

win Ziel. Von 1996 bis 2007 war Niermann in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg tätig, zuletzt als Regierungsdirektor im Bereich der politischen Koordinierung mit Schwerpunkt Kommunalpolitik. Nebenberuflich arbeitete er als Dozent für Kommunalrecht und Kommunalfinanzien. Sein Vater Dr. Erwin Niermann war von 1972 bis 1991 Stadtdirektor in Minden gewesen.



Neue Impulse durch Geld aus Brüssel

Auch nach sieben Jahren EU-Strukturförderung kann Nordrhein-Westfalen - trotz der gestiegenen Zahl von EU-Mitgliedern - bis 2013 mit zwei Milliarden Euro rechnen

50 Jahre Römische Verträge - das heißt nicht nur 50 Jahre europäische Integration von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hin zur Europäischen Union, sondern auch 50 Jahre EU-Förderung. Seit 1957 garantiert die gemeinsame Agrarpolitik den europäischen Landwirten ihre Einkünfte unabhängig von den Weltmarktpreisen. Spätestens seit Mitte der 1980er-Jahre, als die Vollendung des Binnenmarkts erklärtes Ziel der europäischen Integrationsbemühungen war, gibt es darüber hinaus mit der europäischen Regionalpolitik ein umfangreiches Strukturfördersystem.

Der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt in der EU wird seitdem mit massivem Finanzeinsatz gefördert und ist nach der Agrarförderung der zweitgrößte Posten im EU-Haushalt. Davon profitiert auch Nordrhein-Westfalen. „Die Verteilung der EU-Fördermittel in der Förderperiode 2000 bis 2006 hat sich für Nordrhein-Westfalen positiv ausgewirkt“, erklärte Michael Breuer, NRW-Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, im März dieses Jahres. „Rund 5,17 Milliarden Euro Fördermittel hat das Land erhalten.“

Zieht man die knapp drei Milliarden Euro aus der Agrarförderung ab, die als Aus-

gleichszahlungen direkt an die Landwirte gingen, bleiben mehr als zwei Milliarden Euro, welche die Europäische Union zwischen 2000 und 2006 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für Strukturförderung und Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen bereitgestellt hat.

STAHLWERK ZU GEWERBEPARK

Zu den bedeutenden Großinvestitionen aus EFRE-Mitteln gehört sicherlich die Standortentwicklung am ehemaligen Stahlwerk Phoenix in Dortmund. Auf dem mehr als 200 Hektar großen Gelände südlich der Innenstadt entstanden ein Technologiepark und ein Dienstleistungszentrum für junge Unternehmen mit Schwerpunkt Mikrotechnologie, mehrere Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie Wohnanlagen mit direkter Anbindung an Geschäfte, Kindergärten und Schulen. Außerdem wurde die Gewässerlandschaft am Phoenix-Gelände renaturiert und in den Emscher Landschaftspark

◀ *Gelungene Aufwertung des Stadtbildes: Mithilfe von EU-Fördermitteln wurde in Hagen-Altenhagen eine Brücke illuminiert*

integriert, sodass der Stadtteil Hörde nachhaltig aufgewertet wird.

Aber auch kleinere Projekte wie etwa lokale Existenzgründerwettbewerbe wurden aus EFRE-Mitteln unterstützt. Viele wichtige NRW-Arbeitsmarktprojekte gehen auf den ESF zurück. Im Bergischen Städtedreieck qualifizieren sich beispielsweise zehn angelesene Schichtarbeiterinnen zur Facharbeiterin. Damit haben sie die Gelegenheit, nach vielen Jahren Berufstätigkeit einen regulären Berufsabschluss nachzuholen. Insgesamt 18 Monate dauert die berufs begleitende Maßnahme des Berufsbildungszentrums der Industrie in Remscheid, die mit einer Prüfung vor der Industrie- und Handelskammer abschließt. Das Projekt wird im Rahmen der Initiative „Regionen Stärken Frauen“ aus Mitteln des Landes und des ESF gefördert.

NEUE FELDER FÜR STRUKTURFONDS

In der Förderperiode 2007-2013 sind die Strukturfonds mit 308 Milliarden Euro ausgestattet und sollen Wachstum sowie Beschäftigung in allen Regionen Europas voranbringen. Etwa 23 Milliarden Euro sind aus EFRE und ESF für Deutschland vorgesehen, wovon ungefähr zwei Milliarden Euro für Nordrhein-Westfalen reserviert sind. Diese Mittel fließen

aus dem EU-Haushalt in Förderprogramme des Landes, so genannte Operationelle Programme, die in gleicher Höhe aus Landesmitteln und anderen Quellen kofinanziert werden. Nordrhein-Westfalen legt verschiedene eigene Operationelle Programme auf (siehe Tabelle S. 14).

Das Ziel2-Programm EFRE konzentriert sich auf drei Förderschwerpunkte: Stärkung der unternehmerischen Basis, Innovation und wissensbasierte Gesellschaft sowie Stadt- und Regionalentwicklung. Im ersten Schwerpunkt finden sich Finanzierungs- und Beratungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen und Existenzgründer. Dazu gehören verschiedene Kredit-, Garantie- und Beteiligungsprogramme der NRW.BANK, aber auch das „Go!“-Gründungsnetzwerk NRW und die STARTERCENTER. Im zweiten Schwerpunkt werden innovative



DIE AUTORIN

Susanne Knäpper ist Förderberaterin im Beratungszentrum Ausland der NRW.BANK

*Beschäftigung, grenzüberschreitende
Zusammenarbeit und ländlicher
Raum sind Schwerpunkte der
EU-Strukturfondsprogramme in NRW*

Projekte sowie die Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen unterstützt. Diese Fördermöglichkeiten stehen allen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen offen, unabhängig von ihrem Standort.

Die Gebietskulisse des vorherigen Ziel2-Programms (2000-2006) wird weitestgehend aufgehoben. Im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung gelten allerdings weiterhin räumliche Kriterien. Hier konzentriert sich die Förderung auf die Regionen mit dem größten Entwicklungsbedarf: das Ruhrgebiet, die bergischen Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid sowie Stadtteile, welche die Förderkriterien des Programms „Soziale Stadt“ erfüllen. Abgesehen von den Finanzprodukten wird der Großteil der Fördermittel im Wettbewerbsverfahren vergeben. Die Landesregierung veröffentlicht dabei Ausschreibungen für Projektvorschläge, über deren Förderung eine unabhängige Jury anhand festgelegter Kriterien entscheidet.

EU-Strukturfondsprogramme in NRW		
Programm	Thema	EU-Mittel (Mio. Euro)
Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“		
NRW Ziel 2-Programm EFRE	Wirtschaftsförderung, Regional- und Stadtentwicklung	1.270
NRW Ziel 2-Programm ESF	Bildung und Beschäftigung	680
Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“		
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit Deutschland-Niederlande	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Technologie, Innovation, Wissen, nachhaltige Entwicklung, Energie, Verkehr, Soziales, Bildung, Kultur, innere Sicherheit	47 (für NRW)
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit Euregio Maas-Rhein		
Transnationale Zusammenarbeit (INTERREG IV B) Nordwesteuropa	Pilotprojekte und Kooperation von Städten und Regionen aus Nordwesteuropa im Bereich der Raumentwicklung	334 (für das ganze Programmgebiet)
Interregionale Zusammenarbeit (INTERREG IV C)	Erfahrungsaustausch und Vernetzung von Städten und Regionen aus der ganzen EU	442 (für die ganze EU)
Entwicklung des ländlichen Raums		
NRW-Programm Ländlicher Raum (ELER)	Land- und Forstwirtschaft, Tourismusförderung im ländlichen Raum	292

BILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG

Aus dem Europäischen Sozialfonds werden weiterhin Maßnahmen rund um Bildung und Beschäftigung gefördert. Für besondere Zielgruppen wie arbeitslose Jugendliche, ältere Arbeitslose, Frauen oder Migranten werden im „Ziel2-Programm ESF“ Berufsqualifizierung und andere Unterstützungsdienste angeboten. Auch betriebsinterne Prozessumstellungen und Weiterbildungsmaßnahmen für Beschäftigte können gefördert werden.

Die „Europäische territoriale Zusammenarbeit“, die aus dem INTERREG-Programm hervorgegangen ist, wird durch ein Förderprogramm für den deutsch-niederländischen Grenzraum und eines für die Euregio Maas-Rhein im Länderdreieck Deutschland-Niederlande-Belgien umgesetzt. Darüber hinaus können sich Projektträger aus Nordrhein-Westfalen weiterhin an der transnationalen Zusammenarbeit in Nordwesteuropa (INTERREG IV B) und der interregionalen Zusammenarbeit in der gesamten EU (INTERREG IV C) beteiligen.

◀ Im Rahmen eines EU-geförderten Projektes trafen sich zehn Jugendliche aus Hamm mit Altersgenossen in Sevilla

Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) kofinanziert wird. Neben Unterstützungsmaßnahmen für Land- und Forstwirte sind hier auch Projekte zur Dorferneuerung und Tourismusförderung vorgesehen.

CHANCEN AUS AKTIONSPROGRAMMEN

Projektmittel, die aus den zahlreichen Aktionsprogrammen der Europäischen Union an Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen fließen, sind bei den bisher genannten Förderzahlen noch nicht mitgerechnet. Spätestens seit dem Maastrichter Vertrag von 1992 gibt es themenspezifische Förderprogramme in allen Arbeitsfeldern der Europäischen Union. Im Unterschied zur Strukturfondsförderung entwickelt und verwaltet die Europäische Kommission diese Programme überwiegend selbst. Fördermittel können je nach Programm entweder direkt in Brüssel oder dezentral bei „Nationalen Agenturen“ in den Mitgliedsstaaten beantragt werden. Gefördert werden meist der europaweite Erfahrungsaustausch und Know-how-Transfer sowie die gemeinsame Entwicklung neuer Konzepte in den verschiedenen



Arbeitsfeldern. Aber auch lokale Investitionen mit beispielhaftem Charakter können in manchen Programmen als Pilotprojekte finanziert werden. Ob mit ERASMUS oder LEONARDO DA VINCI, ARIANE oder RAPHAEL, DAPHNE oder ODYSSEUS - ganze Generationen von Projekten sind in den Bereichen Bildung, Kultur, Soziales sowie Umwelt- und Naturschutz aus EU-Mitteln gefördert worden - auch in Nordrhein-Westfalen.

Zur Renaturierung der Lippeauen zwischen Hammer Osten, Dolberg und Vellinghausen erhalten beispielsweise die Stadt Hamm, der Lippeverband, der Kreis Warendorf und die Arbeitsgemeinschaft Biologischer Umweltschutz im Kreis Soest e.V. zwischen 2005 und 2010 etwa 5,5 Millionen Euro aus dem EU-Umweltprogramm LIFE. Damit stellen sie das Ökosystem der Flusslandschaft wieder her und öffnen die Lippeauen für Erholung Suchende mittels Fuß-, Rad- und Reitwegen.

Das Zentrum für Gartenkunst und Landschaftskultur der Stiftung Schloss Dyck in Jüchen am Niederrhein leitet das INTERREG III B-Projekt „Europäisches Garten-

netzwerk“ (EGHN) zum Erhalt von Parks und Gärten. Es bringt Regionen, Kommunen, Stiftungen und Tourismusagenturen aus Deutschland, England, Frankreich, den Niederlanden und Belgien zusammen. Beteiligt sind auch zwei NRW-Ministerien sowie die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe. Zu den Projektkosten von 3,1 Millionen Euro steuert die Europäische Union etwa 1,5 Millionen Euro bei.

EUROPÄISCHER MEHRWERT ZÄHLT

Dabei zählt nicht nur das Geld, das in Zeiten knapper Kassen so dringend benötigt wird. Denn EU-Aktionsprogramme sind nicht dazu geeignet, Lücken in öffentlichen Haushalten zu stopfen. Im Gegenteil: Fördermittel dürfen nicht für kommunale Pflichtaufgaben verwendet werden, sondern nur für außerordentliche Projekte mit eindeutigem europäischen Mehrwert und innovativem Charakter. Viele Projektträger werten die neuen Impulse und internationalen Erfahrungen aus einem EU-Projekt und die Erweiterung des

Horizonts für ihre eigene Arbeit als Bereicherung. Innovative Ideen lassen sich oft am besten abseits der Tagesarbeit in EU-Projekten erproben. So haben sich zum Beispiel die nordrhein-westfälischen Städte Hagen und Leverkusen mit Kaiserslautern, Bristol, Leeds und Southampton (Großbritannien), Brügge (Belgien) und mit der Erasmus Universität Rotterdam (Niederlande) in dem EU-Projekt „Cities Regain Identity and Image“ (CRII)

◀ Die Europäische Kommission hat zahlreiche Aktionsprogramme ins Leben gerufen, an denen auch Kommunen teilhaben können



▲ Der Park von Schloss Dyck gehört zum „Europäischen Gartennetzwerk“, das sich für den Erhalt von Gärten und Parks in mehreren EU-Ländern einsetzt

zusammengeschlossen. Gemeinsam wollen sie Antworten auf negative Entwicklungstrends und schlechtes Image ihrer Städte finden, voneinander lernen und ihren Erfahrungsschatz anderen europäischen Städten zur Verfügung stellen, die ähnliche Probleme haben.

Auch beispielhafte investive Maßnahmen zur Aufwertung der Stadt können aus dem Projektbudget bezuschusst werden. Leverkusen hat vor diesem Hintergrund den Ausbau grüner Laufwege entlang seiner Flüsse in Angriff genommen und damit sein Image als Sport- und Gesundheitsstadt untermauert. In Hagen-Altenhagen wurde unter anderem eine Brücke illuminiert. Die Erfahrungen in CRII zeigen, dass gerade kleinteilige bürgergetragene Aktionen maßgeblich zur Stabilisierung von Stadtteilen beitragen und den sozialen Zusammenhalt wie die lokale Identität stärken.

ZUR SACHE

Zu Beginn der neuen Förderperiode 2007-2013 hat die NRW-Landesregierung eine Schriftenreihe zur EU-Förderung aufgelegt. Das Beratungszentrum Ausland der NRW.BANK erstellte dabei den ersten Band „EU-Programme für Kommunen“. Die Broschüre widmet sich den Aktionsprogrammen der Europäischen Union, die für Kommunen und kommunale Einrichtungen von besonderem Interesse sind. Sie ist kostenfrei zu bestellen unter der E-Mail-Adresse beratungszentrum_ausland@nrwbank.de.

EU-Aktionsprogramme für Kommunen (Auswahl)		
Programm	Thema	Budget (Mio. Euro)
Europa für Bürgerinnen und Bürger	Bürgerbegegnungen und Konferenzen im Rahmen von Städtepartnerschaften, Bürgerinitiativen	215
Jugend in Aktion	Jugendbegegnungen, Jugendinitiativen, Jugendarbeit	885
Lebenslanges Lernen	Zusammenarbeit und Austausch zwischen allgemeinbildenden Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und in der Erwachsenenbildung	6.970
Kultur	Europäische Zusammenarbeit zwischen Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen	400
LIFE+	Natur- und Umweltschutz	2.143
Intelligente Energie - Europa	Know-how-Transfer, Konzeptentwicklung und Beratung zum Energiesparen und zum Einsatz erneuerbarer Energien	727
Unterstützung der IKT-Politik	Digitalisierung von Datenbeständen und Einführung von Internetdiensten im öffentlichen Interesse	728
Grundrechte und Justiz	Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeiten, Gewalt und Drogenmissbrauch	543
Solidarität und Steuerung der Migrationsströme	Flüchtlingshilfe und Integration von Migranten	3.950

Von November 2004 bis Juni 2007 leitete die Stadt Hagen dieses transnationale Projekt aus dem Programm INTERREG III B - Nordwesteuropa. Rund 4,5 Millionen Euro umfasst das Projektbudget, wovon 48 Prozent aus EU-Mitteln kommen. Und in der neuen Förderperiode geht es weiter. Fünf Projektpartner haben sich entschlossen, die Zusammenarbeit fortzusetzen und bereiten nun ein Folgeprojekt zu den Chancen des demografischen Wandels im Nachfolgeprogramm INTERREG IV B - Nordwesteuropa vor.

KLEINE PROJEKTE FÖRDERWÜRDIG

Neben diesen eher groß angelegten Netzwerkprojekten bieten EU-Aktionsprogramme auch Fördermöglichkeiten für kleine Projekte. In der euregio rhein-maas-nord beispielsweise wird der sportliche und kulturelle Austausch zwischen Radsportlern des südostholländischen und des nordrhein-westfälischen Radsportverbandes gefördert. Projektträger ist das Sportforum Kaarst-Büttgen e.V. Gemeinsame Wettkämpfe und Veranstaltungen werden über 15 Monate mit etwa 17.000 Euro aus EU-Mitteln bezuschusst.

Auch Jugendaustausch oder Auslandspraktika für Jugendliche sind ergiebige Felder für kommunale EU-Projekte. Begegnungen zwischen Jugendlichen mit und ohne Behinderungen aus Hamm und aus Bradford (Großbritannien) werden zum Beispiel aus dem Programm „Jugend in Aktion“ gefördert. Dabei geht es um das Thema „Zusammenleben ohne Grenzen“. Im April 2007 besuchten darüber hinaus zehn Jugendliche aus Hamm zehn Jugendliche aus Sevilla (Spanien), um die Schulsysteme, Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrukturen der beiden Länder zu vergleichen und sich auf den Übergang von der Schule in das Berufsleben vorzubereiten.

Jugendliche aus dem Rhein-Kreis Neuss gehen jeweils für ein dreiwöchiges Praktikum in einen Betrieb ihrer Wahl im Kreis Mikołów (Polen) oder im Kreis Grândola (Portugal) und können dadurch berufliche Erfahrungen im Ausland sammeln. Der Aufenthalt wird aus dem EU-Programm LEONARDO DA VINCI, das jetzt Teil des Programms „Lebenslanges Lernen“ ist, unterstützt. Auch in der Förderperiode 2007-2013 gibt es solche Förderprogramme, die von Kommunen für internationale Projekte mit europäischem Bezug genutzt werden können (siehe Tabelle S.15). ●



FOTOS: STADT LIPPSTADT

Geist der Hanse noch heute lebendig

Als Gastgeberin des 27. Internationalen Hansetages Mitte Mai 2007 hat die Stadt Lippstadt eine spätmittelalterliche Europa-Idee in die moderne Zeit transportiert



DIE AUTOREN

Christof Sommer ist Bürgermeister der Stadt Lippstadt



Carmen Harms ist Geschäftsführerin der Kultur und Werbung Lippstadt GmbH

Lippstadt ist nachweislich Mitglied der mittelalterlichen Hanse gewesen und konnte sich deshalb erfolgreich um die Aufnahme in die „Neue Hanse“ bewerben. Der Hansebund der Neuzeit, 1980 in der niederländischen Stadt Zwolle gegründet, ist heute mit 166 Städten in 15 europäischen Ländern das weltweit größte Städtenetzwerk. Der „Internationale Hansetag“ ist dabei das große Fest der europäischen Hanse-Familie. Einen Internationalen Hansetag hat man nicht alle Tage. Im Falle Lippstadts liegt die Bewerbung elf Jahre zurück. Die Vorbereitung dauerte vier Jahre, die Veranstaltung selbst dann vier Tage. Was hat eine Stadt

davon - außer Aufwand, Kosten, Schulden? Wenn die Lippstädter nach Abschluss des 27. Internationalen Hansetages ein positives Fazit ziehen, dann nicht, weil solch ein Riesenergebnis zwingend erfolgreich zu sein hatte. Das geht schon deswegen nicht, weil als „limitierender Faktor“ immer das Wetter auftritt. Zeitweise war das auch in Lippstadt so.

Der Titel der Veranstaltung - „27. Internationaler Hansetag“ klingt eher spröde und vermittelt Assoziationen von Rückwärtsgewandtheit, Folklore, kopflastigem Kulturevent. Dabei stehen bürgerschaftliches Engagement, globale Vernetzung, Europäisierung und zwischenmenschliche Begegnung - ja sogar Party - im Mittelpunkt. Und Lippstadt - im Herzen Westfalens gelegen - konnte genau dies Mitte Mai 2007 auch zeigen.

EHRENAMTLER GEFORDERT

Einen Internationalen Hansetag zu organisieren, funktioniert nur mit tatkräftiger Unterstützung vieler ehrenamtlicher Helfer,

◀ *Hunderttausende Besucherinnen und Besucher aus 15 Ländern kamen im Mai 2007 zum 27. Internationalen Hansetag in die Stadt Lippstadt*

großem bürgerschaftlichem Engagement und vor allem vielen Gästen. Diese lassen eine solche Veranstaltung erst zu dem werden, was sie sein soll: ein unvergessliches Erlebnis. Kurzum - es ist ein Gemeinschaftsprojekt, bei dem Menschen aus Nah und Fern an einem Strang ziehen.

So wird bei der Organisation eines Hansetages wieder das deutlich, was Sinn und Zweck der Hanse ausmacht: die Gemeinschaft. Damals, zwischen dem 12. und 17. Jahrhundert, war es die Vereinigung von Städten, die sich und ihren Kaufleuten gegenseitig die Sicherheit der Überfahrt und die Vertretung wirtschaftlicher Interessen - besonders im Ausland - gewährleistete. Der grenzüberschreitende Handel muss zwangsläufig als Vorläufer der Europäischen Union betrachtet werden. Heute bilden die Hansestädte immer noch ein starkes Netzwerk. Eines, das beim Internationalen Hansetag - wie im Mai 2007 in Lippstadt - immer neu gefeiert wird.

Dank des internationalen Netzwerks war es Lippstadt - obwohl mit 70.000 Einwohnern bei weitem keine Großstadt - mit Hilfe der vielen freiwilligen Helfer und der mehr als 800 Delegierten aus 118 Hansestädten in 15 Nationen durchaus möglich, ein Großereignis dieses Zuschnitts auf die Beine zu stellen. Und selbst der ökumenische Gottesdienst in der Lippstädter Marienkirche wurde mit Geistlichen aus Lippstadt und von außerhalb gestaltet, darunter Bischof Lennart Koskinen aus dem Bistum Visby/Gotland, Weihbischof Karl Heinz Wiesemann aus dem Bistum Paderborn

und der 1. Vizepräsidentin der Hanse, Inger Harlevi.

In aller Bescheidenheit kann der 27. Internationale Hansetag als Großereignis betrachtet werden, bei dem mit mehreren hunderttausend Besuchern eine der größten Partys in NRW gefeiert wurde. Mit dabei waren Künstler wie Cosmo Klein, Ron Williams oder Claudia Jung. Die vier Tage boten „mehr als alles“: Open-Air-Popkonzerte, jede Menge Bühnenaufführungen, Chormusik und Late-Night-Kirchenkonzerte, Kunstausstellungen und -projekte sowie Aktionen des Handels wie Moonlight-Shopping und verkaufsoffener Sonntag.

PROMIS AUF WIRTSCHAFTSFORUM

Erstmals fand auch ein Hanse-Wirtschaftsforum mit politischem Schwergewicht statt. EU-Kommissions-Vizepräsident Günther Verheugen und NRW-Innovationsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart traten dort auf. OBI-Gründer Manfred Maus sprach über Kundenbindung und Dr. Jürgen Behrend, Chef der HELLA KGaA Hueck & Co., einem der größten Autozulieferer weltweit mit Zentrale in

Lippstadt, schilderte ganz praxisnah die Bedeutung internationaler Wirtschafts-Netzwerke aus Sicht des eigenen Betriebes. Die Vertreter der teilnehmenden Hansestädte hörten solche Botschaften gerne.

Eine Großveranstaltung wie den Internationalen Hansetag auf die Beine zu stellen stärkt auch das Wir-Gefühl der Bürgerinnen und Bürger sowie das Selbstbewusstsein einer Stadt. So war bei zahlreichen Aktionen das Mitwirken aller Lippstädter Bürger erforderlich.

Vereine und Privatpersonen bauten Stühle für jede Hansestadt, um den Gästen symbolisch einen Platz anbieten zu können.

Lippstädter lachten für eine Fotowand in die Kamera, um die Gäste bei der Eröffnungsveranstaltung mit ihrem gewin-

nendsten Lächeln zu begrüßen, „Herbergseltern“ stellten für auswärtige Gäste Betten zur Verfügung. Nicht zu vergessen sind die Lippstädter Bürger, die den Besuchergruppen als persönlicher Begleiter und Ansprechpartner zur Seite standen.

THEMENTAG „JUGEND UND ARBEIT“

Die junge Generation war besonders stark gefragt. Eigens für den 27. Internationalen Hansetag gestalteten Jugendliche für Jugendliche das youthHansa (yH)-Programm. Die verantwortliche Jugendgruppe organisierte dabei die Delegiertenversammlung der youthHansa sowie einen Thementag zu „(un)employed youth“. Mit einer Video-DVD hatten die jungen Leute im Vorfeld alle Bürgermeister der Hansestädte in Deutsch, Englisch, Russisch und Polnisch angesprochen und zur Ent-

sendung von Jugenddelegierten aufgefordert.

Doch nicht nur Vereine und Privatpersonen machten sich im Vorfeld Gedanken, wie sie den Hansetag in ihrer Stadt Lippstadt bereichern und zum Erfolg führen könnten. Auch die heimische Wirtschaft zog kräftig mit. Bäckereien produ-

zierten Hansebrot nach einem 500 Jahre alten Rezept. Die KWL Kultur und Werbung Lippstadt GmbH brachte in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft „Historische Stadtkerne NRW“ und der Stadt Osnabrück das Unterrichtsheft „Die Hanse - Kaufleute erobern Europa“ heraus. Und Lippstädter Unternehmen luden zu Betriebsbesichtigungen ein.

Der Serviceclub „Round Table 133“ Lippstadt-Soest hatte einen mittelalterlichen Ball im Lippstädter Rathausaal organisiert. Auf diese Weise unterstützte er einen guten Zweck. Der Reinerlös der Veranstaltung kam dem Projekt „Round Table Children's Wish e.V.“ zugute. Diese Organisation versucht, kranken Kindern einen Herzenswunsch zu erfüllen, der ohne Hilfe unerfüllt bleiben müsste. Zudem bauten die Werkstätten der „INI Lippstadt“ die Holzkuben, in denen sich nun die HANSE Art - Ausstellung im öffentlichen Raum präsentiert. Unter dem Titel „FRAGILE - Ein Kunstwerk für Jedermann“ kann HANSE Art mit 14 beteiligten Künstlerinnen und Künstlern aus sechs Ländern seine Premiere in Lippstadt feiern, begleitet von dem früheren documenta-Leiter Dr. Jan Hoet und dem MARTa Museum Herford.



◀ *Die Stadt Lippstadt war selbst mit einer großen Delegation beim Hansetag vertreten*

PR UNKONVENTIONELL

Für den Hansetag hatte Lippstadt nicht nur auf 891 Litfass-Säulen in zehn großen Städten geworben, sondern auf regionaler Ebene auch eine pfiffige PR-Aktion ins Leben gerufen. Eine mittelalterlich kostümierte Gruppe war mit Pferd und Planwagen durch die Städte und Gemeinden im Umkreis gezogen und hatte den Bürgermeistern persönlich Einladungsschreiben übergeben. Ergänzt wurde die Medienarbeit durch regelmäßige Newsletter für Multiplikatoren und Entscheider sowie Pressearbeit, die sich insbesondere an die überregionalen Medien richtete. Die Resonanz von TV, Radio und Wochenmagazinen war beachtlich.

So hatte der Hansetag in Lippstadt noch gar nicht begonnen - und brach schon alle Rekorde. Die Teilnehmerzahl belief sich bereits im Vorfeld auf 850 Delegierte und Ehrengäste. Damit waren Lippstadts Erwartungen - und auch die Zahlen früherer Hansetage - übertroffen worden. Allein auf dem Hansemarkt - Herzstück und Hauptattraktion jedes Hansetages - präsentierten sich 99 Städte mit ihren touristischen, kulinarischen, handwerklichen und kulturellen Spezialitäten. Das international besetzte Musik- und Kulturprogramm wurde von 2.000 Mitwirkenden in 90 Gruppen aus 45 Städten und zehn Ländern gestaltet. Auch im Bereich der Jugendhanse stiegen die Beteiligungs-Zahlen täglich. Rund 100 Jugend-Delegierte bedeuteten auch für den Bereich der youthHansa eine Rekordbeteiligung. Die Organisatoren des 27. Internationalen Hansetages in Lippstadt waren mit dem Gelingen der viertägigen Großveranstaltung mehr als zufrieden. Besonders schön: Zwischen Gastgeber und Gästen wurden zahl-

reiche private Einladungen ausgesprochen. Und die Organisatoren vom Hansekontor erreichten viele Danksagungen und Glückwünsche - sowohl von den Delegierten aus den 118 Hansestädten, als auch von den unzähligen Besuchern aus Nah und Fern. Aus Sicht der örtlichen Organisatoren muss trotz des Erfolges aber eines klar gesagt werden. Das Gelingen des 27. Internationalen Hansetages lag nicht an Lippstadt allein, sondern vor allem am Engagement der Gäste. Ohne sie und ihre Freude an der Veranstaltung hätte der Hansetag nicht funktioniert

PLANUNGSZIELE ERREICHT

Lippstadt hat den Hansetag sehr genossen. Gerne erinnert man sich an das bunte Kaleidoskop von Farben, Tönen und Düften. Bernd Saxe, Bürgermeister von Lübeck und Vormann der Hanse, lobte: „Lippstadt hat sich besonders phantasiereich, kreativ und organisationsstark gezeigt.“ Die Vielfalt der Hanse sei deutlich geworden, ebenso kulturelle Mannigfaltigkeit und die wirtschaftliche Stärke. Die bereits in der ersten Planungsphase formulierten Ziele für Lippstadt konnten somit erreicht werden:

- ein unvergessliches, einzigartiges Festwochenende für internationale, überregionale und regionale Gäste sowie Bürger der Stadt veranstalten
- Lippstadts Bekanntheitsgrad erhöhen und somit den Tourismus und die Wirtschaft fördern
- kulturelle Vielfalt sowie die Offenheit und Herzlichkeit der Gäste aus den Hansestädten erleben

- Selbstbewusstsein und „Wir-Gefühl“ der Lippstädter durch ihre Funktion als Gastgeber für ein internationales Publikum stärken
- Chancen und Möglichkeiten des Hanse-Netzwerks nutzen und kulturelle sowie wirtschaftliche Beziehungen ausbauen

Durch den 27. Internationalen Hansetag hat sich Lippstadt aber auch besondere Orte in völlig neuer Weise für Veranstaltungen erschließen können. Dazu gehört der zentrumsnah gelegene, von den Wasserläufen der Lippe durchzogene Stadtpark „Grüner Winkel“, in dem sowohl der feierliche Auftakt als auch ein umfangreiches Kinder- und Familienprogramm stattgefunden hatten. Ebenso die Lippstädter Stiftsrue,

eine der schönsten deutschen Kirchenruinen, vor deren prächtiger Kulisse sich ein praller Mittelalterlicher Markt abgespielt hatte.

NEUES OPEN-AIR-KONZEPT

Bewährt hat sich auch der neue Standort der wichtigsten Open-Air-Bühne auf dem Rathausplatz, der den Blick auf das stadtbilddominierende Gebäude frei gehalten hat. Diese den Lippstädtern und ihren Gästen durchaus bekannten Räume können nun auch für andere Veranstaltungen sinnvoll genutzt werden.

Die Kosten für den Hansetag belaufen sich auf rund eine halbe Million Euro. Zu dem städtischen Anteil von 50 Prozent kommen die durch die Lippstädter Hansegesellschaft akquirierten Sponsoren- und Spendengelder sowie Einnahmen aus Teilnehmergebühren, Verkaufsflächenvermarktung und Verkauf von Merchandising-Artikeln.

Was den Organisatoren nach den Jahren intensiver Vorbereitung bleibt, ist neben Dank und Anerkennung für vier unvergessliche Festtage die Wehmut darüber, dass sie wohl keinen Internationalen Hansetag mehr in Lippstadt gestalten werden. Die nachfolgenden Gastgeber stehen bis zum Jahr 2035 fest. Am Sonntag, 13. Mai, dem letzten der vier Hansetage in Lippstadt, sind zum Abschluss sogar Tränen geflossen. Die Stimmung in der Bevölkerung aber bleibt: „Toll, dass wir so etwas Großes gemeinsam geschafft haben. Wir dürfen stolz sein.“



◀ Fähnchen aller am Hansetag beteiligten Länder schmückten ein Holzboot im Lippstädter Stadtpark „Grüner Winkel“



In jedes Rathaus einen Ausguck nach Brüssel

Europa gewinnt nicht nur in nordrhein-westfälischen Großstädten, sondern auch in kleinen und mittleren Kommunen zunehmend an Bedeutung

Seit Beginn der 1990er-Jahre weist die Europaforschung neue Schwerpunkte auf. Die neuere Forschung beschäftigt sich weniger mit den Ursachen, sondern vielmehr mit den Folgen der Europäischen Integration. Die Analyse verlagerte sich von der Innenwelt auf das Umfeld. Allerdings liegt die Besonderheit der Europäischen Union (EU) als System gerade auch in der Tatsache, dass sie mehrere Systeme umfasst. Dieses Phänomen wird in der Politikwissenschaft mit dem Begriff „Mehrebenensystem“ beschrieben. Diese Begriffsschöpfung ist auch Ausdruck für den Wandel in der EU-Forschung. Während man bislang ausschließlich auf die Entwicklungsdynamik der Europäischen Union als unabhängige Größe fokussiert war, wird der europäische Kontext zunehmend als Einflussgröße gesehen für Veränderungen politischer Institutionen, Prozesse sowie Inhalte auf und unterhalb der europäischen Ebene. Diese Wandlungs- und Anpassungsprozesse werden unter dem Begriff „Europäisierung“ zusammengefasst. Nach der Definition der Politologin Beate Kohler-Koch ist Europäisierung „die Erweiterung des Wahrnehmungshorizontes und des politischen Handlungsraumes um die europäische Di-

mension“.¹ Europäisierung beginnt demnach mit der Horizonterweiterung der Akteure über nationale Grenzen hinaus. In diesem Kontext ist eine klare Trennung der Begriffe „Europäische Integration“ und „Europäisierung“ notwendig. Die Bezeichnung „Europäische Integration“ wird für die Entstehung, Entwicklung und Funktionsweise des politischen Systems der EU verwendet. Diese Deutung ist seit Jahrzehnten auch im Zusammenhang mit den großen Integrationstheorien - Föderalismus, (Neo-)Funktionalismus und Intergouvernementalismus - immer wieder bestätigt worden und hat sich fest etabliert. Der Begriff „Europäisierung“ ist davon abzugrenzen und sollte dem Prozess der EU-induzierten Veränderungen vorbehalten bleiben (siehe Schaubild S. 20).

KOMMUNEN MEHRFACH BETROFFEN

Um die Auswirkungen der Europäischen Integration auf die kommunale Ebene beurteilen zu können, wird in eine direkte und in eine strategische Betroffenheit unterschieden.

◀ Europa hat längst Einzug gehalten in die Rathäuser der Kommunen, die dafür immer häufiger Europabüros einrichten oder Europabeauftragte benennen

Die direkte Betroffenheit bezieht sich auf die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts. Hier sind Kernbereiche der kommunalen Selbstverwaltungsrechte wie die Daseinsvorsorge, die lokale Wirtschaftsförderung und die öffentliche Auftragsvergabe direkt betroffen. Insbesondere das europäische Wettbewerbs- und Beihilfenrecht bewirkt eine Veränderung alter kommunaler Traditionen.

Die Liberalisierungsmaßnahmen bei der Energieversorgung, im Öffentlichen Personennahverkehr, im Bankenwesen und im Wassersektor lösen die in den Kommunen traditionell bestehenden Dienstleistungsmonopole immer mehr auf. Die Regelungen zur Beihilfe unterziehen die kommunale Fördergeld- oder Auftragsvergabe einer strengen Kontrolle durch die Europäische Kommission und schränken darüber hinaus auch das Instrumentarium der lokalen Wirtschaftsförderung immens ein. Außerdem setzt die Ausschreibungspflicht für öffentliche Aufträge die kommunalen Auftragnehmer dem europaweiten Wettbewerb aus.

Die strategische Betroffenheit bezieht sich auf die Einbeziehung der kommunalen Ebene in die europäische Strukturpolitik. Die EU-Kommission hat erkannt, dass sie nur mit den Kommunen als Partner die Ziele ihrer Strukturförderung - Verringerung der Entwicklungsunterschiede der Regionen - verwirklichen kann. Die Beteiligung an europäischen Förderprogrammen bildet demnach für die Kommunen ebenso

wie für die EU-Kommission einen wichtigen Bestandteil der Strukturreform.

ERST SEIT KURZEM EUROPAARBEIT

Festzustellen ist ein Anpassungsdruck auf die lokalen Gebietskörperschaften in kontinuierlich steigender Form seit Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1952. Folgt man theoretischen Überlegungen zu Europäisierungsprozessen, so hätte eine Europäisierung kommunaler Struktu-



DIE AUTORIN

Dr. Claudia Münch ist Referentin beim Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei NRW

¹ Vgl. Kohler-Koch, Beate: Europäisierung: Plädoyer für eine Horizonterweiterung. In: Knodt, Michèle/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung. Frankfurt a. M. 2000. S. 22 f.

Europafähigkeit der Kommunen

Die lokale Ebene in der Europäischen Union. Von Ulrich von Alemann u. Claudia Münch (Hrsg.), 505 S., 8 Abb. u. 2 Tab., Br., VS-Verlag, 2006 ISBN 3-531-15262-2, für Bürger und Bürgerinnen in NRW kostenfrei zu bez. über die Landeszentrale für politische Bildung NRW (Internet: www.lzpb.nrw.de)

Die Europäische Integration betrifft längst nicht mehr nur die nationalstaatliche Ebene, denn die Auswirkungen des europäischen Einigungsprozesses stellen auch die Regionen und die Kommunen vor große Herausforderungen. In diesem Zusammenhang gibt der Sammelband einen umfassenden Einblick in die vielschichtigen Vernetzungen zwischen kommunaler und europäischer Ebene. Auch werden kommunale Interessenvertretungen auf europäischer Ebene und Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit unter-

sucht. Zu diesem Themenkomplex finden sich im Buch ausführliche Informationen, um Europaaktivitäten entwickeln und ausbauen zu können. Außerdem liefern Beispiele aus der Praxis vielfältige Anregungen zur Verbesserung des eigenen Europa-Engagements.



ren längst erfolgen müssen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen begannen die Kommunen aber erst mit der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes, dem Betätigungsfeld Europa nach und nach einen größeren Stellenwert beizumessen.

In Nordrhein-Westfalen gab es unterschiedliche administrative Anpassungen. Verwaltungsinterne Umstrukturierungen sind allerdings fast nur in den großen Kommunen und Kreisen zu beobachten. Erst in jüngster Zeit schließen sich auch einige kleinere Städte zusammen, um sich gemeinsam in europapolitischen Bereichen zu engagieren.

Da nahezu alle kommunalen Ressorts mehr oder weniger von Europa betroffen sind, wurde es vielfach für sinnvoll erachtet, eine zentrale Koordinierungsstelle für EU-Angelegenheiten zu schaffen. Von den 23 kreisfreien Städten in NRW haben inzwischen mehr als

zwei Drittel eine Lösung zur Bündelung ihrer Europa-Aktivitäten gefunden.

FÖRDERPROGRAMME IM VISIER

Als Grund für die Einrichtung einer zentralen Europastelle werden meist die bessere Koordination der einzelnen Europa-Aktivitäten der Stadt sowie die Erschließung von EU-Fördermöglichkeiten genannt. Außerdem wird die Notwendigkeit einer zentralen Informationsstelle für die Verwaltung in Europa-Angelegenheiten und die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Information betont. Weiterhin werden Argumente wie der zunehmende Einfluss des Gemeinschaftsrechts auf die kommunale Ebene, ein Best-Practice-Austausch mit Fachverwaltungen anderer europäischer Städte, die Umsetzung der EU-Regionalpolitik sowie die Vertretung kommunaler Interessen auf europäischer Ebene angeführt. Es gibt große Unterschiede in Ausstattung und verwaltungsinterner Zuordnung der Europastellen. Die meisten zentralen Europastellen sind direkt bei der Stadtspitze im unmittelbaren Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters angesiedelt. In NRW gilt dies beispielsweise für Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Hamm, Köln und Solingen. Auffallend ist, dass die Mehrzahl der Städte, welche erst kürzlich - also nach 2000 - eine Europastelle eingerichtet haben, diese direkt beim Oberbürgermeister platziert haben.

Die Beschäftigung mit europäischen Themen hat also nicht nur insgesamt in den großen Kommunen zugenommen, sondern ist auch innerhalb der Verwaltungshierarchie nach oben gewandert. Durch die zentrale Position innerhalb der Verwaltung ist es den Mitarbeitern eher möglich, Ämter übergreifend und koordinierend zu arbeiten. Für alle Verwaltungseinheiten wird die Bedeutung der kommunalen Europaarbeit anhand der Einbindung in die interne Organisationsstruktur ersichtlich. Außerdem verkürzt die Nähe zur kommunalen Schaltzentrale Entscheidungswege und eröffnet bessere Handlungsoptionen innerhalb des häufig eng gesteckten Zeitrahmens der EU für Förderanträge.

NÄHE ZU WIRTSCHAFTSFRAGEN

Allerdings ist die Ansiedlung im Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters nicht die einzige Option. In vielen Kommunen wird Euro-

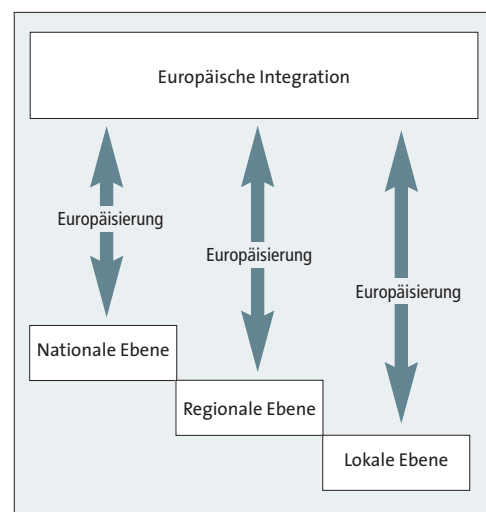
„Europäische Integration“ und „Europäisierung“ sind zwei unterschiedliche, aufeinander bezogene Prozesse

Die **Europäisierung** kommunaler Verwaltungsstrukturen schreitet immer weiter voran. Durch den Aufbau einer eigenen Europa-kompetenz können sich die Kommunen besser auf die Herausforderungen der Europäischen Integration einstellen. Mit zunehmender Europafähigkeit wächst die Möglichkeit, die vielfachen Handlungschancen, welche die Einbindung in das europäische Mehrebenensystem mit sich bringt, zu nutzen.

paararbeit traditionell in enger Verbindung mit der Wirtschaftsförderung gesehen und mit dieser in einem Amt integriert. Neben diesen am weitesten verbreiteten Organisationsmustern werden Europa-Angelegenheiten auch verknüpft mit Aufgaben des Amtes für Statistik und Stadtforschung wie in Duisburg, mit Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr wie in Wuppertal oder mit dem Fachbereich Finanzen wie in Münster und Leverkusen.

Bezüglich der Ausstattung der Europastellen lassen sich kaum Regeln herausfinden. Die Palette reicht hier von der Benennung einzelner Europabeauftragter bis hin zur Einrichtung eigener Europabüros. Es ist außerdem nicht zu erkennen, dass beispielsweise die Europastellen im Bereich des Oberbürgermeisters einem Muster folgen. Auch hier gibt es Büros mit bis zu sieben Mitarbeitern oder einzelne Europa-beauftragte.

Zusätzlich erschwert wird die Untersuchung der personellen Ausstattung dadurch, dass - je nach Ausrichtung des Büros - die Mitarbeiter nicht ausschließlich mit EU-Arbeit betraut sind, sondern noch andere Aufgaben wahrnehmen. Möchte man dennoch eine Tendenz erkennen, so ließe sich - bis auf einige Ausnahmen - feststellen, dass mit zunehmender Größe der Stadt auch die Zahl der mit Europa betrauten Mitarbeiter steigt.



Jede Partnerschaft ein neues Wagnis

In der Stadt Haltern am See haben die drei Partnerschaften nach Frankreich, England und Österreich jeweils einen eigenen Charakter entwickelt



DER AUTOR

Georg Nockemann ist Kulturreferent bei der Stadtverwaltung Haltern am See

Die Stadt Haltern am See hat drei internationale Städtepartnerschaften, und zwar mit St. Veit an der Glan in Österreich seit 1972, mit Rochford in Essex/Großbritannien seit 1984 und mit Roost-Warendin in der Region Nord in Frankreich seit 1993. Darüber hinaus pflegen die weiterführenden Schulen regelmäßig Schulpartnerschaften mit Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA. Das Jugendamt der Stadt organisiert mit zwei weiteren deutschen Partnern - Klietz in Sachsen-Anhalt und dem Ücker-Randow-Kreis - sowie dem polnischen Partner Bialy-Bor in Pommern einen jährlichen Jugendaustausch, der im Wechsel reihum stattfindet.

Eine weitere Plattform für internationalen Austausch sind die jährlichen Hansetage des internationalen Hansebundes. Hier gibt es neben Informations- und Diskussionsforen bunte Hansemärkte mit viel touristischem Flair und großem Engagement der Mitarbeiter aus den Städten sowie kulturelle Beiträge. Die Hansetage haben in Haltern am See eine große Fangemeinde, und das Rockbüro Haltern spielt seit vielen Jahren regelmäßig mit mehreren Bands auf den Hansetagen. Dabei ist eine feste Partnerschaft mit Musikern aus Nowgorod entstanden, deren Konzerte in Haltern am See und Umgebung zum festen Repertoire der Szene gehören.

Erst kürzlich besuchte der Partnerschaftsverein aus Haltern am See die britische Partnerstadt Rochford, wo die Gruppe von Bürgermeister Keith Gibbs empfangen wurde

Über Jahrhunderte war die Lippe die Grenze zwischen dem nördlich gelegenen Münsterland und dem südlich gelegenen ehemals kurkölnischen Vest Recklinghausen. Aufgrund dieser Grenzlage erhielt Haltern schon früh im Jahre 1289 eigene Stadtrechte. Zurzeit der Hanse im 16. bis 17. Jahrhundert waren Halterner Kaufleute in den Niederlanden, im Baltikum und als Bergen-Fahrer aktiv. Auch Juden, die aufgrund ihrer besonderen Rechtsstellung meistens auch grenzüberschreitende Beziehungen pflegten, waren in Haltern überdurchschnittlich stark vertreten.

KÄRNTEN-BÜRO EINGERICHTET

Seit der frühneuzeitlichen Internationalität einer kleinen Halterner Bevölkerungsgruppe hatte es auf offizieller Ebene keine grenzüberschreitenden Kontakte gegeben. Verständlicherweise zurückhaltend war die Re-

aktion in Rat und Verwaltung, als in den 1950er-Jahren das österreichische Bundesland Kärnten in Haltern eine Fremdenverkehrs-Repräsentanz für Nordwestdeutschland und die Niederlande eröffnete.

Nach wenigen Jahren verlegten die Kärntner ihr Niederlandgeschäft in das Königreich selbst, aber Haltern profitierte davon durch einen guten Bekanntheitsgrad bei den Holländern. Und die Hügel der Hohen Mark gelten den in dieser Beziehung wenig verwöhnten Holländern schon als Berge.

Als die Repräsentanz der Kärntner in Haltern schon nicht mehr bestand, kam es 1972 zur Gründung der ersten Halterner Städtepartnerschaft mit St. Veit an der Glan, der früheren Hauptstadt von Kärnten. Im Rückblick erscheint es so, dass der Verlust der Kärntner Niederlassung in Haltern den Sinn dafür geschärft hat, dass hier etwas Völker Verbindendes entstanden war.

PARTNERSCHAFT MIT ST. VEIT

Eine Städtepartnerschaft mit Österreich gehört eher zu den seltenen Kombinationen. Aber auch bei gleicher Hochsprache sind die Mentalitäten und Gewohnheiten der St. Veiter und der westfälischen Halterner reichlich verschieden und bieten viel Gelegenheit, Unterschiede zu entdecken und sympathische Gewohnheiten voneinander zu übernehmen.

Waren schon vorher eine Reihe von offiziellen und privaten Kontakten geknüpft worden, so verdichtete sich dies nun zu einem



FOTOS: STADT HALTERN AM SEE

festen Netz von Beziehungen. Feuerwehr und Schützengilde machten wechselseitig Besuche zu einer jährlich wiederkehrenden Einrichtung, und ein Privatmann ließ an seiner Liebe zu der schönen Herzogsstadt St. Veit an der Glan regelmäßig ganze Busgesellschaften teilnehmen.

Freilich hängt die Intensität städtepartnerschaftlicher Beziehungen stets vom persönlichen Einsatz einzelner Menschen ab. Dadurch gibt es nicht immer eine Kontinuität oder gar eine kontinuierliche Steigerung der Beziehungen. Das hängt von vielen Unwägbarkeiten ab wie beispielsweise der Frage, ob die Chemie zwischen den Bürgermeistern stimmt. Haltern am See hatte da Glück. Die persönliche Verständigung zwischen den Bürgermeistern klappte immer. Man mochte sich meistens, man respektierte sich immer - und jeder trug auf seine Weise dazu bei, dass die Freundschaft der Städte auch Freundschaften der Bürgerinnen und Bürger wurden.

BASIS SCHULPARTNERSCHAFT

Die stärkste Verwurzelung unter den Städtepartnerschaften erreichte dabei die jüngste, erst 1993 beschlossene mit der nordfranzösischen Stadt Roost-Warendin. Sie geht zurück auf eine seit 1971 ohne Unterbrechung praktizierte Schulpartnerschaft der Halterner Realschule mit dem Collège Dr. Schaffner in Roost-Warendin. Dieser jährliche Schüleraustausch hat mittlerweile die zweite Generation erreicht, und es sind eine Reihe lebenslanger Freundschaften daraus entstanden. Doch der Zug der Zeit, der weltweit Englisch zur bevorzugten Fremdsprache erhoben

hat, ließ zeitweise wie in Frankreich auch in Deutschland das Interesse an der Sprache des Nachbarn schwächer werden. Dank des Einsatzes der Schulleitungen für diesen Austausch konnte das Desinteresse überwunden werden. Seit einigen Jahren gibt es einen Schnupperaustausch zwischen den Grundschulen, der von den Kindern auf beiden Seiten mit großer Begeisterung wahrgenommen wird.

Der Ablauf dieses Austausches unterscheidet sich von dem der Realschüler vor allem dadurch, dass die Kinder nicht einzeln in Gastfamilien leben, sondern als Gruppe gemeinsam mit ihren Betreuern in einer Gemeinschaftseinrichtung. In Haltern am See ist das eine Familienbildungsstätte. Damit die erst neunjährigen Kinder kein Heimweh bekommen, dauert der Aufenthalt in der Partnerstadt nur drei Tage. Bereits nach einmaliger Durchführung waren sich alle Organisatoren einig, dass der Schüleraustausch im Grundschulbereich eine Zukunftssicherung darstellt und in der Wirkung dem Fremdsprachenunterricht in der Grundschule gleichkommt.

SCHÜLERAUSTAUSCH WIRKT

Schüleraustausch ist in allen städtepartnerschaftlichen Beziehungen, wenn er sich denn nachhaltig etablieren lässt, das Rückgrat für vielfältige Verbindungen zwischen Sport- und Musikvereinen oder Privatpersonen. So pflegen die Fußballer aus Roost-Warendin gute Freundschaft zu den Lavesumern. Man besucht sich gegenseitig auch bei anderen Gelegenheiten, nicht nur zum Fußballspielen.

Kennzeichnend für gut funktionierende

Partnerschaften sind letztlich nicht die festen Termine, an denen ausschließlich Partnerschaft auf dem Programm steht, sondern Stadt-, Ortsteil- oder Vereinsfeste, an denen Freunde aus den Partnerstädten wie selbstverständlich betei-

◀ Nach der Wahl zum Bürgermeister von Roost-Warendin (Frankreich) kam Lionel Courdavault (rechts) im Februar 2006 nach Haltern zum Antrittsbesuch bei seinem Amtskollegen Bodo Klimpel



ZUR SACHE

Die Stadt Haltern am See mit rund 38.000 Einwohnern liegt im Norden des Kreises Recklinghausen, der mit seinen zehn Städten der bevölkerungsreichste der Bundesrepublik ist. Die Stadt mit ihrem Zentrum und sieben Ortsteilen ist eine ausgesprochene Flächengemeinde. Mit einer Größe von 158 qkm hat sie Großstadtformat. Davon sind etwa 50 Prozent Wald, es gibt mehrere Seen und Naturschutzgebiete, also viel Freiraum. An der Lippe gelegen und bis 1929 zum münsterländischen Kreis Coesfeld gehörig hat Haltern am See diese alte Grenze erst 1975 mit der letzten kommunalen Neuordnung überschritten und verfügt seitdem über die südlich der Lippe gelegenen Ortsteile Hamm-Bossendorf und Flaesheim.

ligt sind. Das ist in den zurückliegenden Jahren nicht nur mit den französischen Freunden häufig gelungen.

Halterns englische Partnerstadt Rochford, eine knappe Bahnstunde östlich von London gelegen, ist nicht so schnell erreichbar wie Nordfrankreich und die Ambitionen englischer Schüler, deutsch zu lernen, sind erheblich schwächer ausgeprägt als der Ehrgeiz der deutschen, englisch zu lernen. Wegen dieser Einbahnstraße sprachlichen Interesses hapert es an einem kontinuierlichen Schüleraustausch, während dies mit den USA ausgezeichnet klappt. Hier kommt wohl beiden Seiten der Reiz des Besonderen zugute.

AKTIVITÄTEN MIT ALLEN

Wenn auch die Beziehungen zur englischen Partnerstadt Rochford nicht die Tiefe erreicht haben wie die zu den Franzosen, gab es doch eine Reihe von denkwürdigen Begegnungen unter großer Beteiligung der Bürger. Etwas länger zurück liegt Halterns Stadtjubiläum 1989. Damals waren alle Partnerstädte mit Delegationen, Musikzügen, Traditionsvereinen und Sportlern vertreten. Zur Besiegelung der Partnerschaft mit den Franzosen 1993 zum Schützenfest war es ebenso. In bester Erinnerung sind das internationale Fußballturnier aller Partnerstädte 2002 und die englisch-französisch-deutsche Begegnung in Arras 2006.

So entstehen immer wieder neue Ideen zur Belebung der städtepartnerschaftlichen Beziehungen. Diese werden umgesetzt von Menschen, die davon überzeugt sind, dass

es richtig ist, den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus zu wagen. In Zeiten, wo es grundsätzlich kein Problem darstellt, in fremde Länder zu reisen, liegt der Sinn von Städtepartnerschaften darin, jungen Menschen gezielt andere Sprachen und Lebensweisen näher zu bringen.

Sie sollen erkennen können, dass es Unterschiede gibt, dass verschiedene, aber gleichwertige Wege zur Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens möglich sind. Das lässt sich im Schüleraustausch als Gast in einer Familie hautnah erfahren. Im All-Inclusive-Urlaub ist das gänzlich unmöglich.

Eine ganz besondere Erfahrung ist für viele Halterner aus einer Patenschaft erwachsen, die in diesem Jahr zu Ende gegangen ist, weil sich das Patenkind, der Heimatkreis St. Annaberg Oberschlesien, aufgelöst hat. Seit Öffnung der Grenzen hatte sich diese Patenschaft auf natürliche Weise auf den Ort St. Annaberg in Oberschlesien erweitert. Dieses Dorf mit knapp 500 Einwohnern ist als Pilgerstätte ein Ort von religiöser Bedeutung und politischer Symbolik in der Beziehung zwischen Polen und Deutschen.

VERBINDUNG NACH POLEN

Mehrfach weilten hier Halterner Gruppen an einem der großen Wallfahrtstermine und nahmen teil an den Gottesdiensten sowie an Treffen mit politischen Vertretern des Bezirks Oppeln, der Stadt Leschnitz, des Franziskanerklosters auf dem Annaberg und an direkten Begegnungen mit Erzbischof Nossol.

Wenn auch keiner der Halterner Teilnehmer polnisch gelernt hat und für etliche diese Reise nach Oberschlesien vorrangig eine Fahrt in die Vergangenheit, in die alte Heimat darstellte, war es doch ein aktiver Beitrag zum Ausgleich mit dem größten direkten Nachbarn im Osten Polen. Bedauerlicherweise ist es nicht zu einer Partnerschaft mit einer dortigen Schule gekommen, aber das gelang an zwei anderen Orten - und dieser Austausch ist auch erfolgreich.

In Zeiten knapper öffentlicher Mittel bemüht sich die Stadt Haltern am See, die partnerschaftlichen Aktivitäten tatsächlich von den Bürgern ausgehen zu lassen und selbst lediglich die Rolle eines spiritus rector einzunehmen. Mit der Gründung des Partnerschaftsvereins, der sich in Abteilungen zu allen Städtepartnerschaften gliedert, ist das auch gelungen. ●



FOTO: EUROPÄISCHE KOMMISSION

Das Programm „eTwinning“ der Europäischen Union macht Kontakte im Internet zwischen Schulen aller EU-Länder möglich

Für Schulen gibt's die Partnerschaft online

Über das EU-Programm „eTwinning“ können deutsche Schulklassen mit Schülern anderer europäischer Länder Kontakt aufnehmen und gemeinsam Aufgaben lösen

Europäische Austauschprogramme für Schülerinnen und Schüler sind sehr beliebt, tragen sie doch mit dazu bei, Menschen, Kulturen und Gepflogenheiten anderer Länder kennenzulernen. In fast allen deutschen Städten und Gemeinden, die Kommunalpartnerschaften ins europäische Ausland unterhalten, pflegen auch örtliche Schulen freundschaftliche Beziehungen in die Partnerkommunen.

Doch die traditionellen Städtepartnerschaften und somit auch die Schulpartnerschaften sind vielerorts in die Jahre gekommen. Den Kommunen und Partnerschaftsvereinen fällt es zunehmend schwerer, vor allem Kinder und Jugendliche für die Partnerschaftsarbeit zu interessieren. Neue Inhalte, aber auch neue Formen der Zusammenarbeit sind gefragt.

Hilfe bietet hier das Programm „eTwinning“ der Europäischen Union. Es unterstützt die Gründung europäischer Schulpartnerschaften, die über das Internet gepflegt werden. Das „e“ steht dabei für „elektronisch“ und „Twinning“ für „Partnerschaft“. Ins Leben gerufen wurde „eTwinning“ im Januar 2005 als Aktion des



DIE AUTORIN

Barbara Baltsch ist freie Journalistin mit den Schwerpunkten Kommunales und Europa

Programms „eLearning“ der Europäischen Kommission.

VIRTUELLER KLASSENRAUM

Das Prinzip ist einfach und ähnelt dem von Single-Börsen oder Chat-Foren im Internet. Mittels einer einfach zu bedienenden online-Plattform tauschen sich zwei oder mehrere Partnerklassen über ein gemeinsames Unterrichtsthema aus. Jede Partnerschaft nutzt dabei einen eigenen geschützten „virtuellen Klassenraum“. Dort können Schüler und Lehrer per E-Mail, Chat, Dateiaustausch und sogar per Webcam zusammenarbeiten. Die Arbeitsergebnisse werden auf einer gemeinsamen Internetseite präsentiert. Die Teilnahme ist kostenlos und einfach, die Anmeldung dauert nur wenige Minuten.



Informationen zu den online-Schulpartnerschaften gibt es im Internet auf dem eTwinning-Portal unter www.etwinning.de

gehören unter anderem die Pestalozzischule in Gladbeck und die Gesamtschule in Niederzier-Merzenich. In Gladbeck tauschen sich Grundschülerinnen und -schüler mit ihrer Partnerschule in Großbritannien über Schule und Unterricht in früheren Zeiten aus.

Dazu haben sie unter anderem ihre Großeltern befragt und ein Schulmuseum besucht. Der aktuelle Schulalltag ist dagegen Thema des Partnerprojektes der Gesamtschule Niederzier-Merzenich und ihrer Partnerschule in Litauen.

BLICK FÜR EUROPA

Ingrid Grimm, die als eine von drei Moderatoren „eTwinning“-Aktionen in NRW unterstützt, ist von dem Projekt rundum begeistert. „Mit Hilfe der digitalen Medien lassen sich Schulpartnerschaften schneller, anschaulicher und lebendiger gestalten. Grundschulkinder lernen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der europäischen Nachbarn kennen und erwerben dabei Medienkompetenz“, so die Grundschullehrerin.

Für ihren Kollegen Alfons Musolf ist „eTwinning“ ein wunderbares Mittel, um Schülern, Lehrern und Eltern den Blick für Europa und vor allem den Blick für die notwendige Zusammenarbeit in Gesamteuropa näher zu bringen. „Die Schüler von heute sind die Europäer von morgen. Diese Idee und diese Realität muss sich langsam, aber stetig in den Köpfen festsetzen“, betont der Oberstudienrat. Mit „eTwinning“ eröffne sich dafür ein einfacher Weg.

„Das Programm eTwinning trägt dazu bei, alle erdenklichen Winkel Europas in die Klassenzimmer unserer Kinder zu bringen“, erklärte auch der für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend zuständige EU-Kommissar Ján Figel kürzlich in Brüssel. Durch die Teilnahme an dem Programm hätten die Schülerinnen und Schüler Gelegenheit, andere Kulturen und Sprachen kennen zu lernen, während sie gleichzeitig ihre

Computerkenntnisse verbesserten. Auf diese Weise bringe „eTwinning“ nicht nur die Bewohner des europäischen Kontinents einander näher, sondern helfe auch, Kenntnisse zu entwickeln, die in einer zunehmend von Informations- und Kommunikationstechnologien beherrschten Gesellschaft erwartet würden.

MEHRFACH VORTEILE

In der Tat kann die Teilnahme an „eTwinning“ Schulen eine Reihe von Vorteilen bieten. Die virtuellen Schulpartnerschaften sind geeignet, Toleranz und grenzüberschreitende Kommunikation in Europa, insbesondere mit Schulen in den neuen EU-Mitgliedstaaten, zu fördern. Digitale Medien werden dabei themenorientiert eingesetzt sowie lebendiger Fremdsprachenerwerb und interkulturelles Lernen gefördert. Junge Menschen werden in die Lage versetzt, sich auf den globalisierten Arbeitsmarkt vorzubereiten.

Schulpartnerschaften im Internet sind darüber hinaus geeignet, bestehende kommunale Partnerschaften auf Bildungsebene lebendig zu gestalten und für junge Bürgerinnen und Bürger erlebbar zu machen. Der traditionelle Schüleraustausch kann durch gemeinsame Unterrichtsprojekte auf der „eTwinning“-Internetplattform vertieft und kontinuierlich in Schulalltag sowie Lehrplan eingebunden werden.

Das Programm „eTwinning“ unterscheidet sich von anderen EU-Aktionsprogrammen im Bildungsbereich dadurch, dass die Teilnehmer keine Finanzhilfen erhalten. Es bietet vielmehr freien Zugang zur elektronischen Infrastruktur. Obwohl das Programm „eLearning“ Ende 2006 ausgelaufen ist, wird die „eTwinning“-Aktion im Rahmen des neuen EU-Programms für „Lebenslanges Lernen“ in den Jahren 2007 bis 2013 fortgesetzt. Um den Erfolg dieser Initiative zu feiern, werden jedes Jahr die besten „eTwinning“-Projekte von der Europäischen Kommission mit Preisen ausgezeichnet. Ergänzend gibt es Wettbewerbe auf nationaler Ebene. ●

Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen, -fächer und Jahrgangsstufen können sich mit ihrer Klasse am „eTwinning“ beteiligen. Wer bereits eine Partnerschule hat, kann den Kontakt per Internet vertiefen. Wer eine neue Partnerschule sucht, kann sich eine passende Schule in den 28 teilnehmenden Ländern Europas suchen.

Die Schulen können dabei selbst entscheiden, welche Art der Zusammenarbeit sie wünschen. Möglich sind kurzfristige Projekte wie auch langfristige Kooperationen beispielsweise in Bezug auf gemeinsame Lehrpläne. Auch die Themen werden von den Schulen selbst ausgewählt. Diese Handlungsfreiheit, zusammen mit einem Minimum an Verwaltungsaufwand, ist kennzeichnend für das gesamte Programm.

GROSSE RESONANZ

Die Idee kommt an: Seit dem Start des Programms im Jahr 2005 haben sich europaweit mehr als 26.000 Schulen auf dem Portal registriert, davon mehr als 1.600 aus Deutschland. Und es werden täglich mehr. Allein im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der europäischen Schulen, die am Programm teilnehmen wollen, mehr als verdoppelt. Und während 2005 etwa vier Prozent aller Schulen mitmachten, waren es im vergangenen Jahr bereits mehr als acht Prozent.

Auch zahlreiche nordrhein-westfälische Schulen haben sich registriert oder bereits erfolgreich Partnerprojekte durchgeführt. So kommen allein sieben der 20 deutschen Schulen, die Mitte Juni in Berlin mit dem „eTwinning“-Qualitätssiegel für das Schuljahr 2006/2007 ausgezeichnet wurden, aus Nordrhein-Westfalen. Zu den Preisträgern

KONTAKT

Schulen ans Netz e. V.
„eTwinning“-Koordinierungsstelle
Maike Ziemer
Tel. 0228-91048-293
E-Mail: maike.ziemer@schulen-ans-netz.de
Internet: www.etwinning.de

Städtische Müllwagen fahren günstiger

Die Stadt Bergkamen hat Einsammeln und Abtransport des Abfalls zum 1. Juli 2006 einem Tochterbetrieb übertragen und konnte dadurch die Abfallgebühren senken



DER AUTOR

Roland Schäfer ist Bürgermeister der Stadt Bergkamen und 1. Vizepräsident des StGB NRW

Müllabfuhr war nicht die erste Kommunalisierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge in Bergkamen. 1995 wurde durch die Gründung von interkommunalen Stadtwerken - GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH - die Voraussetzung geschaffen, die bis dahin privat organisierte Strom- und Erdgasversorgung im Gebiet der drei Kommunen Kamen, Bönen und Bergkamen in die eigene Hand zu nehmen. Die GSW arbeitet bis heute ausgesprochen erfolgreich. Im Jahre 2002 wurde in Bergkamen weiterhin die bis dahin an privat vergebene Straßenreinigung durch den Baubetriebshof der Stadt übernommen, wodurch die Straßenreinigungsgebühr um 25 Prozent gesenkt werden konnte.

Im Gegenzug wurde in Bergkamen die Gebäudereinigung, die mit 113 städtischen Putzfrauen und vier Fensterreinigern rein kommunal erledigt wurde, durch Nichtbesetzung frei werdender Stellen vollständig privatisiert. Der städtische Gebäudebestand ist in zwei Losen europaweit ausgeschrieben und an private Reinigungsunternehmen vergeben worden. Von den städtischen Sport- und Freizeistätten sind seit 1995 ein Hallenbad, ein Frei- und Wellenbad sowie eine Eissporthalle auf die Gemeinschaftsstadtwerke übertragen worden. Der wirtschaftliche

Verbund zur Verrechnung der Bäderverluste mit den Gewinnen der Stadtwerke aus dem Versorgungsbereich wurde von der Finanzverwaltung anerkannt. Ein weiteres Hallenbad wurde privatisiert. Für eine städtische Sporthalle sowie mehrere Sportstadien und Tennisanlagen wurden Nutzungsüberlassungsverträge mit Sportvereinen geschlossen. Der städtische Sportboothafen wurde ebenso an einen Privaten verpachtet wie ein großes städtisches Veranstaltungszentrum.

MÜLLABFUHR BISHER STETS PRIVAT

In Bergkamen wurde in der Vergangenheit Müllsammlung und -transport stets durch Privatunternehmen erledigt. Nach der letzten Ausschreibung 1994 wurde die Abfallsammlung in Bergkamen mit einem Vertrag bis zum 31. Dezember 2005 von einem der großen deutschen Entsorgungsunternehmen durchgeführt. Zur Müllabfuhr gehörte Sammlung und Transport von Restmüll („graue Tonne“), Biomüll („grüne Tonne“) und Altpapier („blaue Tonne“) sowie die Sperrmüll- und die Grünschnittabfuhr.

Die Müllentsorgung wurde durch das Privatunternehmen professionell erledigt. Die Verwaltungsführung der Stadt Bergkamen sah es dennoch als Pflicht an, ab Anfang 2004 im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nach Alternativen zu suchen:

- erneute europaweite Ausschreibung und Vergabe an das preisgünstigste der teilnehmenden Privatunternehmen
- gemeinschaftliche Abfallentsorgung mit Nachbarkommunen durch einen neu zu gründenden Zweckverband oder eine GmbH
- Einbeziehung der Müllabfuhr in die bestehenden interkommunalen Gemeinschaftsstadtwerke
- alleinige Durchführung in Bergkamen durch einen städtischen Eigenbetrieb oder eine eigene GmbH

Zur Entscheidungsfindung wurde mit kommunalen Entsorgungsbetrieben aus Nachbarstädten ein intensiver Erfahrungsaustausch gesucht. Der städtische Baubetriebshof erstellte unter Mithilfe der städtischen Kostenrechner eine eigene Kostenkalkulation, die sich im Nachhinein als realitätsnah erwies. Von Anfang an wurde die Personalvertretung und die Bergkamener Politik eng in den Meinungsbildungsprozess eingebunden.

GUTACHTEN ALS ENTSCHEIDUNGSHILFE

Um eine belastbare Entscheidungsgrundlage zu erhalten, wurde zuletzt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young und deren Tochtergesellschaft Econum Unternehmensberatung mit einem vergleichenden Wirtschaftlichkeitsgutachten

Das Team der EBB-Entsorgungs-Betrieb Bergkamen beseitigt seit Mitte 2006 den Müll in der Stadt Bergkamen



FOTOS: STADT BERGKAMEN



◀ Für die Abfallentsorgung in Bergkamen wurden eigens moderne Fahrzeuge mit Seitenladertechnik angeschafft

beauftragt. Nachdem Nachbarkommunen ihre Vorschläge zu einer interkommunalen Variante zurückgezogen hatten, konzentrierte sich die Untersuchung auf eine rein Bergkamener Lösung:

- Basis des Kostenvergleichs war die Beibehaltung der bisherigen Abfuhrleistungen.
- Als Sammelfahrzeuge für die Abfalltonnen sollten - wie bei dem privaten Entsorger - moderne Seitenlader eingesetzt werden, bei denen pro Fahrzeug lediglich eine Person erforderlich ist.
- Es sollte von einer realistischen Fahr- und Leerungsleistung sowie einem Fahrzeug- und Personalbestand ausgegangen werden, der auch bei unvorhersehbaren Störungen einen reibungslosen Ablauf ermöglicht.
- Hinsichtlich des Personals sollte der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) zugrunde gelegt werden.
- Weiterhin wurde unterstellt, dass alle erforderlichen Fahrzeuge und der komplette Bestand an Mülltonnen neu gekauft werden müssen.

Die Gutachter kamen zu dem Ergebnis, dass bei einer Eigenbetriebslösung eine Kostenersparnis von etwa 30 Prozent erreichbar sei. Im Mai 2005 fasste der Bergkamener Stadtrat nach intensiven Diskussionen in den Fraktionen mit Mehrheit den Beschluss, die Sammlung und den Transport von Siedlungsabfällen zu kommunalisieren.

GRÜNDUNG EINES EIGENBETRIEBES

Im Herbst 2005 wurde vom Stadtrat die Satzung zur Gründung des „EBB - Entsor-

gungsbetriebBergkamen“ als eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt zum 1. Januar 2006 beschlossen. Somit ist der EBB ein nicht rechtsfähiger Bestandteil der Stadt Bergkamen, der allerdings haushaltsrechtlich und organisatorisch selbstständig ist.

Aufgabengebiet des EBB ist das Einsammeln und Transportieren von Restmüll, Biomüll und Altpapier sowie auf Anforderung Sperrmüll und Grünschnitt. In den EBB einbezogen wurde auch die Straßenreinigung. Mit dem privaten Entsorger wurde vereinbart, dass dieser noch ein halbes Jahr länger die Entsorgung durchführen durfte. Im Gegenzug konnte Bergkamen die etwa 35.000 im Stadtgebiet befindlichen Abfallbehälter zu einem mäßigen Preis kaufen.

Die operative Tätigkeit des EBB begann zum 1. Juli 2006, wie geplant mit der modernen Seitenladertechnik. Bereits im Jahr 2005 wurden die neuen Abfallsammelfahrzeuge nach europaweiter Ausschreibung bestellt. Der Fuhrpark des EBB besteht aus

- sechs Abfallsammelfahrzeugen, davon fünf Seitenlader und ein Hecklader, jeweils mit MAN-Fahrwerk und Faun-Aufbau,
- einem Lkw mit Kofferaufbau und Ladebühne,
- zwei Kehrmaschinen und
- einem PKW-Kombi zur Streckenkontrolle.

SACHINVESTITIONEN UND PERSONAL

Die Gesamtinvestition zur Gründung des EBB belief sich auf 1,6 Millionen Euro. Neben den neuen Fahrzeugen gehörte dazu der Kauf sämtlicher Mülltonnen vom bishe-

rigen Entsorger, Ersatzgefäßbeschaffung für eineinhalb Jahre, Arbeitskleidung, Büroeinrichtung, EDV-Software und der Bau von zwei Fahrzeugunterständen. Der EBB ist - gegen Abrechnung - mit seinem Personal und dem Fuhrpark auf dem Gelände und im Gebäude des Baubetriebshofes der Stadt untergebracht.

Für die Routen- und Einsatzplanung und die konkrete Vorbereitung des operativen Geschäfts wurde bereits im Januar 2006 ein Disponent mit Berufserfahrung in der Entsorgungswirtschaft eingestellt. Die neun Müllwagenfahrer wurden zum 1. Juni 2006 eingestellt, um ein einmonatiges „Trockentraining“, insbesondere für den Seitenladereinsatz, zu absolvieren. In den Vorstellungsgesprächen wurde Mitarbeitern des privaten Entsorgers Vorrang eingeräumt. Zudem wurden zwei gewerbliche Mitarbeiter für die Straßenreinigung angestellt - alle bezahlt nach TVöD.

Weitere Leistungen wie Datenverarbeitung oder Personalverwaltung werden durch Beschäftigte der Stadtverwaltung gegen Abrechnung erbracht. Die Betriebsleitung des EBB wird nebenamtlich vom technischen Beigeordneten der Stadt und in seiner Vertretung vom Leiter des Baubetriebshofes wahrgenommen. Die politische Begleitung und Kontrolle des EBB erfolgt durch einen städtischen Betriebsausschuss, in dem alle Fraktionen vertreten sind.

DEUTLICHE KOSTENSENKUNG

Wie von dem Gutachter prognostiziert konnte eine Kosteneinsparung von 30 Pro-

POSITION

„Kommunal vor Privat“ ist als allgemeine Maxime genauso wenig tauglich wie die neoliberale und marktradikale Losung „Privat vor Staat“. In jeder Kommune kann jeweils eine andere Lösung angezeigt sein. Die Bandbreite reicht vom kommunalen Eigenbetrieb oder einer städtischen GmbH über unterschiedliche Formen interkommunaler Zusammenarbeit und PPP-Modelle bis hin zur vollständigen Privatisierung. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet, die vorhandenen Wahlmöglichkeiten zu erkennen und auszuschöpfen. Im Sinne der kommunalen Demokratie ist allein wichtig, dass die Verantwortlichen sich klar machen, welche Alternativen ihnen offen stehen, sorgfältig abwägen und dann erst im Interesse der Bürgerschaft eine Entscheidung treffen.

zent gegenüber der bisherigen Privatsorgung realisiert werden. Diese konnte allerdings nicht in gleicher Höhe als Gebührensenkung weitergegeben werden, da die Kosten für Müllsammung und Transport nur etwa ein Drittel der gesamten Entsorgungskosten ausmachen. Der Hauptteil der Kosten sind die vom Landkreis in Rechnung gestellten Verbrennungs- und Kompostierungskosten. Die Gründe für den deutlichen Kostenunterschied liegen vor allem darin:

- Die Stadt muss mit der Müllabfuhr keinen Gewinn erzielen; der EBB muss lediglich kostendeckend arbeiten.
- Der für den Betrieb erforderliche Overhead - Betriebsleitung, Verwaltung, Kontrollorgan - wurde bewusst sparsam ausgerichtet.
- Die Personalausstattung wurde knapp kalkuliert; ergänzende Dienstleistungen werden bedarfsorientiert eingekauft.
- Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst gewährt den Vollzeitbeschäftigten zwar einen auskömmlichen Lohn, ist aber keineswegs ein Luxustarif.

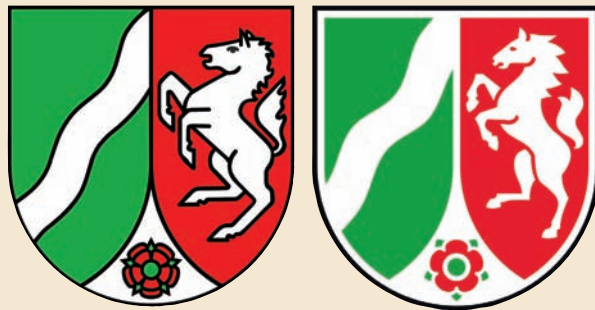
Eine gewisse Rolle spielt auch die Tatsache, dass der EBB als öffentlich-rechtlicher Betrieb keine Mehrwertsteuer für seine Leistungen in Rechnung stellen muss. Allerdings ist ein Eigenbetrieb auch nicht vorsteuerabzugsberechtigt, so dass hierdurch ein gewisser Ausgleich eintritt. Mangels Gewinnerzielung würden auch in der Rechtsform einer GmbH keine Körperschaftssteuer- und in den meisten Fällen auch keine Gewerbesteuerpflicht entstehen.

Die Müllgebühren für die Bergkamener Bürgerinnen und Bürger konnten gesenkt werden: für das Jahr 2006 um 7,8 Prozent und für 2007 nochmals um 3,4 Prozent - trotz drei Prozent Mehrwertsteuer-Erhöhung und sechs Prozent Steigerung der vom Kreis in Rechnung gestellten Verbrennungskosten für 2007. Da die Stadt nunmehr selbst kurzfristig entscheiden kann, wurden sogar diverse Verbesserungen bei der Müllabfuhr vorgenommen.

So wurde der Abfuhrhythmus der unterschiedlichen Abfalltonnen vereinheitlicht. Zusätzlich wird für die Sperrmüllabfuhr ein Express-Service mit garantierter Abholung innerhalb von drei Tagen und ein Volls-service mit Abholung aus Wohnung oder Keller angeboten. Für Familien mit kleinen Kindern wurde eine verbilligte „Windeltonne“ eingeführt.

NRW-WAPPEN IN NEUEM LOOK

Der Rhein wirkt ruhiger, das westfälische Pferd dynamischer und die lippische Blume deutlicher. Das Wappen des Landes Nordrhein-Westfalen, welches die drei Landesteile Rheinland, Westfalen und Lippe symbolisiert, hat ein neues Design erhalten. Im Vergleich zum **alten Wappen** (links) hat das **neue Wappen** (rechts) nur noch eine schwarze Linie, die den Umriss kennzeichnet. Die Form des Rheins wirkt dadurch weniger hart, und die Rose ist deutlicher als solche zu erkennen. Auch das Pferd wirkt schlanker und rassiger. Nach Angaben der NRW-Landesregierung wurde jedoch nicht das offizielle Staatswappen des Landes, sondern lediglich das Wappen für die Öffentlichkeitsarbeit überarbeitet. Das neue Design wird vor allem Briefbögen, Broschüren, Einladungskarten sowie Visitenkarten und Plakate schmücken.



KEIN ALLHEILMITTEL

Aus dem Bergkamener Beispiel sollte man nicht schließen, dass Kommunalisierung oder Rekommunalisierung das Allheilmittel für alle Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge darstellt. Für die Vergabe der Müllabfuhr oder einer anderen Aufgabe der Daseinsvorsorge an ein Privatunternehmen können durchaus gewichtige Gründe sprechen:

- Durch die Ausschreibung erhält die Kommune eine exakte Übersicht über die interessierten Firmen und den preisgünstigsten Bieter.
- Kapitalstarke Privatfirmen können dort investieren, wo die Kommune es unter Umständen wegen Haushaltsdefiziten nicht mehr kann.
- Das betriebswirtschaftliche Denken bei Privatunternehmen und die Gewinnorientierung sind Garant für hohe Effizienz.
- Private können überregionale Erfahrungen, spezifisches Fachwissen und spezialisiertes Know-how einbringen.
- Das Risiko des Personaleinsatzes, der Fehlkalkulation und des wirtschaftlichen Scheiterns trägt allein das Privatunternehmen.

Umgekehrt lassen sich die Vorteile einer kommunalen Aufgabenerledigung am Beispiel der Kommunalisierung der Müllabfuhr in Bergkamen erläutern:

- Die Belastung der Gebührenzahler konnte spürbar gesenkt werden.
- In der Stadt sind neue sozialversicherungspflichtige und tariflich bezahlte Arbeitsplätze entstanden, die lokale Kaufkraft wurde gestärkt.
- Aufträge an Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen können - soweit Angebote vorhanden sind - gezielt innerhalb der eigenen Stadt oder Region vergeben werden,
- Die kommunale Erledigung erlaubt flexible Reaktionen und kurzfristige Verbesserungen des Angebots.

Bei kommunalen Wirtschaftsunternehmen wie den Stadtwerken kommt als weiterer entscheidender Punkt hinzu, dass der zum Beispiel mit der Strom-, Gas-, Wasser-, Fernwärme- und Telekommunikationsversorgung erwirtschaftete Gewinn nicht in eine ferne Konzernzentrale fließt, sondern den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort unmittelbar zu Gute kommt. ●

Anzeige

www.Kanalgutachter.de



Szenario für den Schrumpfungsprozess

Mit einer Bevölkerungsprognose, der Vortragsreihe „ZeitZukunft Ziele“, einem Gutachten sowie einem Zukunftsforum lotete die Stadt Rheine die Folgen des demografischen Wandels aus



DIE AUTORIN

Dr. Angelika Kordfelder ist Bürgermeisterin der Stadt Rheine

Der demografische Wandel in Deutschland ist allgegenwärtig - und längst nicht mehr nur aus trockenen Statistiken und düsteren Prognosen abzulesen. Kaum ein Diskussionsforum kommunaler Akteure vergeht, in dem nicht Chancen und Risiken dieser Entwicklung gewichtet, Perspektiven entwickelt und Projekte geplant werden. Seniorengerechte Wohnungen für eine möglichst lange, selbstständige Lebensfüh-

rung und Häuser ohne Barrieren sprießen förmlich aus dem Boden.

Auch in der 76.000 Einwohner zählenden Stadt Rheine wird der demografische Wandel in dieser Form deutlich, stellt die Alterung der Gesellschaft mit einem leichten Rückgang der Einwohnerzahl die Verantwortlichen vor eine Fülle neuer Aufgaben. Bereits vor mehr als zwei Jahren rief die Autorin dazu auf, sich Zeit zu nehmen für die Zukunft der Stadt, und initiierte im April 2005 die Vortragsreihe „ZeitZukunft Ziele - Rheine 2020“. Mit dieser galt es herauszufinden, welche Konsequenzen aus dem demografischen Wandel erwachsen und wie man ihnen begegnen kann.

Die im Jahr zuvor vom Dortmunder Büro

◀ Mit dem Projekt „Rheine - ohne Altersbeschränkung!“ reagiert die Stadt an der Ems auf den sich abzeichnenden demografischen Wandel

plan-lokal erstellte Bevölkerungsprognose für Rheine diente als Grundlage der Betrachtungen. Danach würde bis zum Jahr 2020 laut einer Trendvariante die Zahl der Einwohner auf 73.000 sinken. Die Haushaltsgröße würde von 2,5 auf 2,2 Personen pro Haushalt schrumpfen. Durch die niedrige Geburtenrate würde es bedeutend weniger Kinder und Jugendliche geben. Zudem nennt die Prognose einen steilen Anstieg bei der Anzahl der über 65-Jährigen und einen Zuwachs von 75 Prozent bei den über 85-Jährigen.

VORTRÄGE UND DISKUSSIONEN

Vor diesem Szenario folgten bis zum März 2006 zehn Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen für Politik, Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger. Im ersten Teil der Veranstaltungen stellten renommierte Fachleute überörtliche Bezüge her und wiesen auf bundesweite Trends hin. Im zweiten Teil beleuchteten Fachleute aus Verwaltung, Wirtschaft und Organisationen der Stadt die örtliche Situation.

Ein „Blick auf den demografischen Wandel in der Welt und in Rheine“ mit Prof. Dr. Herwig Birg aus Bielefeld, eröffnete den Reigen der Betrachtungen. Welche Aufgaben müssen Stadt und Staat zukünftig bewältigen, und welche kann die Bürgergesellschaft übernehmen? Was leistet das Ehrenamt heute, welche Aufgaben kommen hinzu und auf welchen Erfahrungen und Erfolge kann man in Rheine bauen? Diesen Fragen ging man mit dem Berliner Publizisten Dr. Warnfried Dettling nach.

Zum Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Kaufkraft und auf das Angebot des Einzelhandels referierte Prof. Dr. Ulrich van Suntum aus Münster. Und das Stadtforschungs- und Planungsbüro Junker-Kruse aus Dortmund skizzierte die künftige Rolle der Innenstädte sowie deren Verhältnis zu ihren Nebenzentren und beleuchtete Kooperationen zwischen den Städten und Gemeinden als Folge einer schrumpfenden Bevölkerung.

BREITES THEMENSPEKTRUM

Die bislang ungebremsste Nutzung von Freiflächen für Wohnen, Wirtschaften und

„Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 23.05.2007

Kommunen befürchten Gängelung

Das Land will bei der Betreuung Langzeitarbeitsloser künftig mitreden.

Düsseldorf - Heftig ablehnend reagieren die drei kommunalen Spitzenverbände im Land auf den Entwurf des „NRW-Ausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch II“ (Hartz IV). Das Land beabsichtigt darin, den Kommunen Gestaltungsfreiheit zu entziehen, indem die bisherigen in Selbstverwaltung wahrgenommenen Aufgaben bei der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt in „Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung“ umgewandelt werden. „Hierfür besteht zwei Jahre nach Inkrafttreten von Hartz IV überhaupt kein Anlass“, sind sich die Kommunalverbände einig. Die Kommunen arbeiteten konstruktiv und zunehmend erfolgreich. Bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen seien örtliche und regionale Besonderheiten zu beachten und dezentrale Handlungsspielräume zu nutzen, betonten Städtetag, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund in einer Anhörung im Landtag.

Ihre Befürchtung: Würde sich das Land nun kraft Gesetzes zum Weisungsgeber der Kommunen in der örtlichen Sozialpolitik machen, wäre die kommunale Selbstverwaltung ausgehebelt. Ein allgemeines Weisungsrecht des Landes könne dazu führen, dass klassische kommunale Aufgaben künftig vom Land gesteuert und damit vereinheitlicht würden – und sich so die soziale Absicherung vor Ort verschlechtere. (ger)

für städtische Infrastrukturen stand mit Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker aus Wuppertal auf dem Prüfstand. Mit ihm suchte man nach Chancen für eine nachhaltige Entwicklung der städtischen Strukturen. Ausblicke auf den Prozess der Integration mit Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning (Duisburg/Essen) und auf die Zukunft lokaler Netzwerke wie Familie, Nachbarschaft und Wohngemeinschaft

mit Prof. Dr. Christiane Dienel (Magdeburg-Stendal), auf die Chancen einer älter werdenden Gesellschaft mit Elisabeth Niejahr (Berlin), auf die Bildung und Erziehung als eine gemeinsame Aufgabe für Jung und Alt mit Prof. Dr. Klaus Niederdrenk (Münster) sowie auf die Zukunft der Arbeit mit Prof. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn (München) waren weitere Themen. Gemeinsam mit Dr. Albrecht Göschel vom Deutschen Institut für Urbanistik (Berlin) zog man Bilanz und sah den demografischen Wandel als eine Chance, die man nutzen sollte.

„Wir sind auf dem Weg und noch nicht am Ziel“, so skizzierte die Autorin im März 2006 den Standort nach der rund einjährigen öffentlichen Diskussion und lud gleichzeitig interessierte Bürgerinnen und Bürger im Mai 2006 zu einem zweitägigen Zukunftsforum ein. Dort sollten Konsequenzen, Daten und Fakten aus der Vortragsreihe diskutiert und in Vorschläge für ein zukünftiges Leitbild gesammelt sowie gebündelt werden.

ENTWICKLUNGS- UND HANDLUNGSKONZEPT

Seit Ende 2005 läuft parallel - und über das Zukunftsforum im Mai 2006 miteinander verwoben - der Prozess für ein „Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept“. Dies ist ein intensiver Partizipationsprozess, in den alle wichtigen Akteure der Stadt involviert sind und in den neben fachlichen Aussagen auch persönliche Meinungen zur Stadtentwicklung aufgenommen wurden.

Wesentliche Quelle für die Inhalte des Entwicklungs- und Handlungskonzeptes sind die Informationen der einzelnen Fachbereiche der Verwaltung über deren fachliche Ziele und den Stand der Umsetzung. In elf Arbeitskreissitzungen hat die Verwaltung ihre Ziele und Handlungsfelder aufgezeigt. In dem weiteren Prozess galt es, Vernetzungspotenzial herauszuarbeiten und die Bewertung der Fachbereiche, wie sich der demografische Wandel auswirken könnte, zu schärfen.

Vielfach wurde die teilweise nur sektorale Kenntnis über Aufgabenfelder und Ziele entscheidend vertieft. Die wechselseitige Abstimmung über die künftigen Herausforderungen des demografischen

Wandels sowie die kritische Diskussion der eigenen Ziele unter dem Vernetzungsgedanken stellten einen weiteren wichtigen Schritt dar, das eigene Denken über die Anforderungen des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes Rheine 2020 zu reflektieren.

BÜRGERMEINUNG ABGEFRAGT

Die Sichtweise der Rheinenser vertiefte man in sechs Gesprächsrunden mit als Schlüsselpersonen oder besonderen Meinungsträgern ausgesuchten Teilnehmern. Das Hauptanliegen dieser Gespräche bestand darin, die persönliche Meinung zu Themen der Stadtentwicklung zu erfahren. Die Zusammensetzung der Gesprächsrunden war angepasst an die Themenschwerpunkte Kommunalpolitik, Innenstadt, Bildung und Kultur, Wirtschaft und Gewerbe, Sport, Touristik, Natur sowie Soziales.

Für das Zukunftsforum im Mai 2006 lag somit bereits eine breite Informationsbasis vor. Das Forum selbst stellte sich den Bürgerinnen und Bürgern in Form eines zweitägigen Workshops mit unterschiedlichen Arbeitskreisen und der Frage „Rheine 2020 - Wie wird/wie soll die Stadt in 15 - 20 Jahren aussehen?“ dar.

Sieben Arbeitsgruppen bezogen sich auf vorgegebene Themenschwerpunkte, die aus dem vorliegenden Datenmaterial entwickelt und bewusst provokant vorformuliert waren. Die mehr als 140 TeilnehmerInnen aller Altersgruppen und verschie-



In modernem Design wirbt die Stadt Rheine für ihr Leitbild der Zukunft

denster sozialer Herkunft brachten in ihrem Diskussionsprozess eine Vielfalt an Ideen hervor, die in das Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept eingeflossen sind.

LEITPROJEKTE UND MAßNAHMEN

Das mit dem Entwicklungs- und Handlungskonzept beauftragte Büro Architektur-Stadtplanung-Stadtentwicklung - Hammerla, Ehlers, Groß-Rinck, Wegmann, Düsseldorf, entwickelte in der Folgezeit gemeinsam mit der Verwaltung ein Leitbild mit 27 Leitprojekten und mehr als 300 Einzelmaßnahmen, die den Weg der Stadt in die Zukunft aufzeigen. Die Arbeit soll als modifizierbares Konzept zur Lösung komplexer Aufgaben dienen. Es ist beabsichtigt, zielorientierte und vernetzte Lösungsansätze zu liefern und fachbereichsübergreifende Arbeits- und Handlungsprozesse durch sie zu generieren. Leitbild und Leitprojekte sollen vom Rat im Sinne der Selbstbindung beschlossen werden und als Basis für die mittelfristige Finanzplanung dienen.

Die konsequente Auseinandersetzung der Stadt mit den Folgen des demografischen Wandels führte dazu, dass Rheine mit seinem Projekt „Rheine - ohne Altersbeschränkung! ... von der Triebwagenhalle ... über die Innenstadt ... zum Emsufer“ am Landeswettbewerb „Ab in die Mitte 2007“ teilnehmen kann. Das Anfang September 2007 anlaufende Projekt bietet die Gelegenheit, Teilaspekte des integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren.

Im Rahmen einer „Zukunftsausstellung“ werden die Ergebnisse der bisherigen Arbeit zur Bewältigung des demografischen Wandels vorgestellt. „Wenn junge und alte Köpfe rauchen“, so ist ein Triebwagenhallen-Talk überschrieben, der Themen aufnehmen und vertiefen soll. Aktionstage rund um die Vorsorge und Pflege im Alter, zum „neuen“ Wohnen in der Innenstadt, zum Abenteuer des Altwerdens und zur barrierefreien „Flaniermeile“ am Emsufer ergänzen das Programm, an dessen Gestaltung gesellschaftlich relevante Gruppen mitwirken und so ganz praktisch mit den Zukunftsaufgaben der Stadt konfrontiert werden sollen.

Informationen zur Veranstaltungsreihe „ZeitZukunftZiele - Rheine 2020“ und zum Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept finden sich im Internet unter www.Rheine.de.

Digitalfunk unverzichtbar für die Kommunen

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßt, dass Bund und Länder nunmehr den Digitalfunk für Sicherheitskräfte einführen wollen. Die Sicherheitsanforderungen werden gerade vor dem Hintergrund der nach wie vor bestehenden Terrorgefahr weiter steigen. Deshalb ist eine moderne Kommunikation der Sicherheitskräfte, die nicht störanfällig und abhörsicher ist, unverzichtbar“, sagte der Hauptgeschäftsführer des DStGB, Dr. Gerd Landsberg, auf der DStGB-Sicherheitskonferenz in Berlin.

Gegen Terror gibt es keinen absoluten Schutz, aber wir müssen wachsam sein. Die letzten Terrorereignisse haben gezeigt, dass sich die Angriffe nicht mehr auf militärische oder gut geschützte Ziele konzentrieren, sondern zunehmend so genannte weiche Ziele wie zum Beispiel Verkehrsinfrastruktureinrichtungen ins Visier genommen werden.

Deswegen muss es unser Ziel sein, auch derartige Einrichtungen möglichst optimal zu schützen. Dazu gehört auch, Mittel der Videoüberwachung gezielt einzusetzen, um bereits im Vorfeld bei Verdacht reagieren zu können.

Ein ganz sensibler Bereich ist auch die so genannte IT-Infrastruktur, die insbesondere bei einem gezielten Angriff die Gefahrenab-

wehr zum Erliegen bringen kann. Auch hier sind behördenübergreifende Schutzsysteme und entsprechende Maßnahmen notwendig.

Natürlich gibt es mehr Sicherheit nicht zum Nulltarif. Nach wie vor ist die Finanzlage der Kommunen dramatisch, trotz besserer Steuereinnahmen schieben sie einen Berg von Kassenkrediten - über 27 Mrd. Euro - vor sich her und werden zusätzlich durch weiter steigende soziale Ausgaben - 2006 über 37 Mrd. Euro - schwer belastet. Deswegen brauchen die Kommunen Unterstützung insbesondere auch bei der Finanzierung der

Feuerwehren. Diese sind eine ganz wichtige Stütze der Katastrophenhilfe vor Ort. Wir müssen dafür sorgen, dass die Feuerwehren

nach wie vor die notwendige moderne Ausrüstung erhalten und aktiv für den Dienst in den Feuerwehren werben.

„Die in der Innenministerkonferenz getroffene Verständigung von Bund und Ländern, dass die Bundesbeteiligung an der Finanzierung der Katastrophenschutz-ausstattung weiterhin auch den Feuerwehren zu Gute kommt, ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagte Landsberg abschließend. (DStGB-Pressemitteilung 39/2007 vom 06.06.2007).

Aus dem DStGB

THEATERNEUBAU IM ZEITPLAN

Transparent und offen zur Straße hin mit einer markanten, aber gleichzeitig filigranen Metallstruktur an den übrigen Seiten - So soll sich das neue Theater Gütersloh mit seinen mehr als 500 Sitzplätzen ab Herbst 2009 präsentieren. Nicht nur Kultur-Beigeordneter **Andreas Zimpel** (Foto links) und Stadtbaurat **Josef E. Löhr** (rechts) sind begeistert von dem Modellentwurf des Hamburger Architekten Prof. Jörg Friedrich. Auch der Kulturausschuss der Stadt stimmte der Entwurfsplanung nun geschlossen zu. Damit ist ein weiterer Schritt zum Theaterneubau in Gütersloh geschafft. Auch der Zeitplan für die Realisierung des 19 Millionen Euro teuren Projekts kann eingehalten werden. Danach soll das alte Theater Ende 2007 abgerissen werden. Baubeginn des neuen Hauses ist für Frühjahr 2008 geplant. Zur Spielzeit 2009/2010 soll der Neubau eröffnet werden.





FOTO: LEHRER / STGB NRW

◀ Die Halle Münsterland - Veranstaltungsort des StGB NRW-Gemeindekongresses

Münsterland bei der Ausstellung zum letzten Gemeindekongress im April 2005 einen Rekord verbuchen. Sämtliche Informationen über Preise, Konditionen und Buchung von Ausstellungsflächen gibt die Halle Münsterland:

Halle Münsterland GmbH
Daniela Heinrichs
Albersloher Weg 32
48155 Münster
Tel. 0251-6600-107
Fax 0251-6600-115
E-Mail: heinrichs@halle-muensterland.de
Internet: www.halle-muensterland.de

Das Programm im Einzelnen:

10 bis 12 Uhr - 1. Teil

- Eröffnung und Begrüßung durch StGB NRW-Präsident **Heinz Paus**, Bürgermeister der Stadt Paderborn
- Grußworte
Dr. Berthold Tillmann, Oberbürgermeister der Stadt Münster
Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister der Stadt Bergkamen
- Ansprache von StGB NRW-Präsident **Heinz Paus**
- Festvortrag von **Dr. Jürgen Rüttgers**, Ministerpräsident des Landes NRW, mit anschließender Aussprache

12 bis 14 Uhr

- Pressekonferenz
- Mittagessen und Messerundgang

14 bis 16.15 Uhr - 2. Teil

- Ansprache von Bundesverkehrsminister **Wolfgang Tiefensee** mit anschließender Aussprache
- Aktuelles aus dem Verband - Vortrag von StGB NRW-Hauptgeschäftsführer **Dr. Bernd Jürgen Schneider**
- Nachwahlen zu Präsidium und Hauptausschuss
- Schlusswort von Bürgermeister **Roland Schäfer**, I. Vizepräsident des Städte- und Gemeindebundes NRW

► Großer Andrang von Besuchern und Besucherinnen auf der Kommunalmesse im Südfoyer der Halle Münsterland beim Gemeindekongress 2005



FOTO: LEHRER / STGB NRW

Mitgliederversammlung und Gemeindekongress 2007 in Münster

Am 24. Oktober 2007 veranstaltet der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen unter dem Motto „Selbstverwaltung - gelebte Demokratie“ seine turnusgemäße Mitgliederversammlung, den so genannten Gemeindekongress. Wie in den Jahren zuvor wurde als Tagungsort die Halle Münsterland in Münster ausgewählt. Auf der eintägigen Veranstaltung, zu der mehr als 1.300 Vertreter der StGB NRW-Mitgliedsgemeinden eingeladen sind, wird am Vormittag als

Hauptredner NRW-Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers sprechen. Am Nachmittag hält Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee einen Vortrag und stellt sich den Fragen der Delegierten. Wie in den vergangenen Jahren findet begleitend zum Gemeindekongress des Städte- und Gemeindebundes NRW in den Foyers der Halle Münsterland eine Ausstellung von Produkten und Dienstleistungen mit kommunalem Bezug statt. Mit mehr als 400 qm belegter Fläche konnte die Halle

Tastatur mit Heizung

Der Hersteller V8 Tools bietet ab sofort eine Computer-Tastatur an, die über eine eigene Stromversorgung die Tasten beheizt. Die USB-Tastatur „V8 WK001“ verfügt über zwei Einstellungen für 30 Grad und 38 Grad Celcius. In Europa soll die Tastatur über den Vertreiber Equiplus (www.equip-lus.biz) rechtzeitig zum Winterhalbjahr erhältlich sein.

Google noch persönlicher

Der Suchmaschinenbetreiber Google will künftig stärker personalisierte Dienste anbieten. Über iGoogle und Google Recommendations soll der Nutzer beim Wiederanmelden personalisierte Dienstleistungen und Waren angeboten bekommen. Hierzu muss er im Vorfeld zum Beispiel seinen Wohnort oder seinen Beruf angeben. Google will dadurch auf den jeweiligen Nutzer ausgerichtete Angebote besser hervorheben. Dem soll auch eine Möglichkeit zur Rückverfolgung von Suchstichworten und Treffern dienen.

Handy-Display mit Solarzellen

Der Handy-Hersteller Motorola arbeitet an einem Display für Handys, in das Solarzellen eingebaut sind. Liegt ein entsprechendes Mobilfunkgerät in der Sonne, kann über die Solarzellen der Akku wieder aufgeladen werden. Unklar ist, wie sich dies mit der - für technische Geräte von den Herstellern oft vorgegebenen - maximalen Raumtemperatur verträgt. Zudem könnte ein unkontrolliert häufiges Aufladen mittelfristig die Kapazität des Akkus vermindern.

Weihnachtliche Bescherung im Mai

Im baden-württembergischen Ehningen transportierte die Nachricht - zumindest laut Bürgermeister Claus Unger - dieses Jahr das Weihnachtsfest in den Mai. Der Compu-

terkonzern IBM verlegt seine Deutschland-Zentrale von Stuttgart in den 7.500-Einwohner-Ort nahe Böblingen. Der Umzug soll in zwei Jahren abgeschlossen sein. Dann arbeiten weitere 2.800 Personen dort, wo schon seit geraumer Zeit das IBM-Rechenzentrum steht. Grund für den Umzug seien laut IBM bessere Modernisierungs- und Erweiterungsmöglichkeiten in Ehningen.



IT-NEWS
zusammengestellt von
Dr. iur. Lutz Gollan,
IT-Referent beim StGB
NRW, E-Mail: Lutz.Gollan@kommunen-in-nrw.de

Datenmobilfunk-Kostenrechner online

Der online-Nachrichtendienst heise mobil hat unter www.heise.de/mobil/tarife/daten.shtml einen online-Rechner bereitgestellt, der den günstigsten Anbieter für das Surfen per Handy oder PDA herausfindet. Da die Preise zwischen 0,23 Euro und 281,56 Euro pro Megabyte liegen, dürfte sich für „Westentaschen-Surfer“ ein Blick in die Datenbank lohnen. ●

Museum für Klosterkultur in Westfalen



FOTO: LWL

Es ist einmalig in Europa: das kürzlich im Lichtenauer Ortsteil Dalheim eröffnete Museum für Klosterkultur. Messkelche, Kreuze, alte Urkunden, Reste eines Hochaltars und barocke Ölgemälde der Prälaten geben einen Einblick in die klösterliche Geschichte Westfalens. Für das Museum wurde das aus dem 15. Jahrhundert stammende Augustiner-Chorherrenstift (Foto) für 8,6 Mio. Euro vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) umgebaut. Neben Ausstellungsräumen wurden eine Gastronomie und eine Klosterbrauerei geschaffen. 70 Prozent der Baukosten übernahm das Land NRW, 30 Prozent der LWL. Zwei weitere Bauabschnitte sind geplant. Der laufende Betrieb der Kulturstätte wird durch die „Stiftung Kloster Dalheim“ finanziert, die zu gleichen Teilen vom LWL, dem Kreis Paderborn und privaten Stiftern getragen wird.

Verfassungsmäßigkeit eines Nachtragshaushalts

Das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2005 ist wegen Überschreitung der Kreditgrenze verfassungswidrig.

VerfGH NRW, Urteil vom 24. April 2007
- Az.: VerfGH 9/o6 -

Nach Art. 83 Satz 2 der Landesverfassung NRW (LV) dürfen die Einnahmen aus Krediten entsprechend den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in der Regel nur bis zur Höhe der Investitionsausgaben in den Haushaltsplan eingestellt werden. Die im Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2005 veranschlagte Netto-Neuverschuldung übersteigt die dort ausgewiesene Summe der Investitionen um 1,4251 Milliarden €. Nach Ansicht des Gesetzgebers rechtfertigt sich die Überschreitung der Kreditgrenze aus der Unmöglichkeit ihrer Einhaltung. Die nach der Landtagswahl 2005 vorgefundenen umfangreichen Haushaltsverschlechterungen hätten durch Einsparungen nicht kompensiert werden können. Dem ist der Verfassungsgerichtshof NRW



GERICHT IN KÜRZE

zusammengestellt
von Hauptreferent
Andreas Wohland,
StGB NRW

nicht gefolgt. Er hat festgestellt, dass die Überschreitung der Kreditgrenze gegen Art. 83 Satz 2 LV verstößt. In der mündlichen Urteilsbegründung hieß es:

Von der in Art. 83 Satz 2 LV normierten Regelverschuldungsgrenze dürfe grundsätzlich nur zur Abwehr einer - hier nicht in Rede stehenden - Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und darüber hinaus allenfalls zur Bewältigung exzeptioneller Sondersituationen abgewichen werden. Eine derartige Sondersituation liege nicht schon dann vor, wenn während des laufenden Haushaltsjahres ein Regierungswechsel erfolge und die neue Landesregierung sich aufgrund der vorgefundenen Haushaltssituation nicht in der Lage sehe, die von ihr als zwingend notwendig erachteten Ausgaben ohne Überschreitung der Kreditgrenze zu tätigen. Jeder neu gewählte Haushaltsgesetzgeber müsse von den konkret gegebenen Bedingungen ausgehen und

sein Handeln danach einrichten. Die hierdurch bedingten temporären Einschränkungen stellten seine politischen Gestaltungsmöglichkeiten nicht grundsätzlich in Frage. Denn diese seien ihrerseits durch das geltende Verfassungsrecht begrenzt, zu dem auch

die restriktive Kreditregelung des Art. 83 Satz 2 LV gehöre. Die Vorschrift sei haushaltsverfassungsrechtlicher Ausdruck des Demokratieprinzips. Indem sie den finanziellen Handlungsspielraum des aktuellen Gesetzgebers beschränke, sichere sie die Handlungsfähigkeit künftiger Gesetzgeber. Dieses Schutzanliegen beanspruche auch bei einem Regierungswechsel im laufenden Haushaltsjahr Beachtung.

Aufwendungsersatz für Beseitigung von Öls Spuren

Gemeinden können vom Land für die Beseitigung von Öls Spuren auf Landesstraßen durch die gemeindlichen Feuerwehren grundsätzlich keinen Aufwendungsersatz beanspruchen (nicht-amtlicher Leitsatz).

OVG NRW, Urteil vom 16. Februar 2007
- Az.: 9 A 4239/04 -

Die Feuerwehr der Stadt Wesseling (Klägerin) entfernte an einem Sonntag im November 2000 nach entsprechender Benachrichtigung ihrer Leitstelle eine mehrere hundert Meter lange, etwa 50 cm breite Öls pur auf einer durch das Gemeindegebiet führenden Landesstraße (außerhalb der festgesetzten Ortsdurchfahrt). Die Beseitigung erfolgte durch

Wir

- helfen bei der Erarbeitung von Basisplänen (ABK, GEP, Sanierungsplan)
- unterstützen Sie bei der Einführung unserer Software für den Kanal- und Kläranlagenbetrieb
- implementieren integrierte Managementsysteme mit Einbindung der Risiko- und Arbeitssicherheit
- übernehmen Beauftragtenfunktionen für die Bereiche Gewässerschutz, Arbeitssicherheit, Gefährdungsbeurteilung
- erstellen mit Ihnen kommunale Satzungen mit Bezug zur Abwasserbeseitigung
- unterstützen Sie bei der Beitrags- und Gebührenkalkulation
- helfen bei der Ausschreibung von Entsorgungsdienstleistungen
- beraten bei der Beschaffung von Feuerwehr-, Rettungsdienst- und Kommunalfahrzeugen



Das Dienstleistungsunternehmen
des Städte- und Gemeindebundes NRW

Wir sind für Sie da, bei der Lösung technischer, rechtlicher und organisatorischer Fragestellungen. Nutzen Sie die Erfahrung unserer Juristen, Techniker, Management- und Organisationsspezialisten.

Kommunal- und Abwasserberatung NRW GmbH
Cecilienallee 59 | 40474 Düsseldorf
Tel.: 0211-430 77 0 / Fax: 0211-430 77 22
www.kua-nrw.de / info@kua-nrw.de

Abstreuen sowie Aufnehmen und Entsorgen des Ölbindemittels. Da der Verursacher der Ölspur unbekannt blieb, verlangte die Klägerin vom beklagten Land als dem Träger der Straßenbaulast Ersatz der ihr entstandenen Aufwendungen in Höhe von etwa 250 €. Das erstinstanzlich angerufene Verwaltungsgericht Köln wies die Klage ab.

Die dagegen eingelegte Berufung der Klägerin hat das OVG nunmehr zurückgewiesen.

Zur Begründung hat es ausgeführt: Das Rechtsinstitut der öffentlich-rechtlichen Geschäftsbesorgung ohne Auftrag (GoA) sei hier nicht anwendbar. Die wirksame Beseitigung der Ölspur stelle eine Hilfeleistung in einem Unglücksfall dar. Die Hilfeleistung sei erst abgeschlossen, wenn das Ölbindemittel entsorgt sei. Der Gesetzgeber habe für derartige Pflichteinsätze der Feuerwehren den Grundsatz der Unentgeltlichkeit festgeschrieben. Daher scheide ein Anspruch aus GoA aus. Gleiches gelte für einen öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch.

Der Senat hat die Revision nicht zugelassen. Dagegen ist Beschwerde möglich, über die das Bundesverwaltungsgericht entscheidet.

Reichweite der Zweitwohnungssteuer

Auch eine Zweitwohnung, die der Trennung vor einer möglichen Ehescheidung dient, unterliegt der Zweitwohnungssteuer (nichtamtlicher Leitsatz).

OVG NRW, Beschluss vom 24. Mai 2007
- Az.: 14 A 2608/05 -

Der 14. Senat des Oberverwaltungsgerichts hat mit dem Beschluss den Antrag eines Bielefelders auf Zulassung der Berufung gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Minden abgelehnt, mit dem die Klage gegen einen Zweitwohnungssteuerbescheid der Stadt Bielefeld aus dem Jahr 2003 abgewiesen worden war.

Der Kläger ist Miteigentümer eines Einfamilienhauses in Bielefeld, das melderechtlich seine Hauptwohnung ist. Tatsächlich bewohnt er eine knapp 45 qm große ebenfalls in Bielefeld gelegene Mietwohnung, weil er sich von seiner Frau getrennt hat und die Scheidung der Ehe in Betracht zieht. Im Oktober 2003 zog die Stadt Bielefeld den Kläger aufgrund der städtischen Zweitwohnungssteuersatzung für die Zweitwohnung zu einer Jahressteuer von 216,- Euro heran. Die dagegen erhobene Klage wies das Verwaltungsgericht Minden ab. Gegen dieses Urteil beantragte der Kläger beim OVG die Zulassung der Berufung im Wesentlichen mit der Begründung, die Zweitwohnungssteuer bedeute für ihn eine unzulässige "Doppelbesteuerung", weil er weiterhin alle für die Hauptwohnung anfallenden Abgaben entrichte; außerdem diene die Zweitwohnung der räumlichen Trennung von seiner Ehefrau, um die für eine etwaige Ehescheidung notwendige Trennungszeit zu erreichen.

Das OVG hat den Antrag auf Zulassung der Berufung als unbegründet abgelehnt. Solange der Kläger neben seiner Hauptwohnung in

Bielefeld eine Zweitwohnung unterhalte, unterliege er der von der Stadt Bielefeld eingeführten Zweitwohnungssteuer. Dass er wegen der Trennung von seiner Ehefrau die Hauptwohnung nicht, sondern nur die Zweitwohnung nutze, sei unerheblich. Selbst wenn die Trennung von seiner Ehefrau schon endgültig wäre, dürfte die Zweitwohnungssteuer erhoben werden, solange er mit einer Haupt- und einer Nebenwohnung melderechtlich erfasst sei. Er könne der Zweitwohnungssteuer entgehen, wenn er die jetzige Nebenwohnung zu seiner Hauptwohnung mache. Es sei anerkannt, dass mit der Zweitwohnungssteuer neben der Einnahmeerzielung auch Lenkungszwecke verfolgt werden dürften. So dürfe auch die Motivation gefördert werden, sich im melderechtlich zulässigen Rahmen zur Verlegung des Erstwohnsitzes zu entscheiden. Der Beschluss des Oberverwaltungsgerichts ist unanfechtbar.

Erhöhung von Kindergartenbeiträgen

Die kommunalaufsichtliche Verfügung der Bezirksregierung Münster, mit der die Stadt Gelsenkirchen verpflichtet wird, die Elternbeiträge für Tageseinrichtungen für Kinder zu erhöhen, um die Verringerung von Landeszuweisungen für die Finanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder auszugleichen, ist rechtmäßig (nichtamtlicher Leitsatz).

OVG NRW, Beschluss vom 24. Mai 2007
- Az.: 15 B 778/07 -

Der 15. Senat des Oberverwaltungsgerichts hat mit dem Beschluss die Beschwerde der Stadt Gelsenkirchen gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom 22.05.2007 zurückgewiesen. In diesem Beschluss hatte das Verwaltungsgericht den Eilantrag der Stadt Gelsenkirchen abgelehnt, mit dem sie sich gegen eine kommunalaufsichtliche Verfügung der Bezirksregierung Münster wehrte.

Zur Begründung hat das OVG ausgeführt: Die Verringerung von Landeszuweisungen für die Finanzierung von Tageseinrichtungen für Kinder dürfe eine Gemeinde nicht ausschließlich durch Aufnahme von Krediten oder durch Steuern ausgleichen. Vielmehr müsse die Gemeinde auch eine Erhöhung der Elternbeiträge für solche Einrichtungen prüfen. Dabei dürfe sie von einer Erhöhung der Elternbeiträge nur dann absehen, wenn die Elternbeiträge bereits in ihrer gegenwärtigen Höhe ein sozial noch vertretbares Maß erreicht hätten. Diese Ausnahme liege im Fall der Stadt Gelsenkirchen schon deshalb nicht vor, weil die Stadt zuletzt im Jahr 1993 die Elternbeiträge für Tageseinrichtungen für Kinder angehoben habe. Deshalb sei die Bezirksregierung Münster als zuständige Kommunalaufsichtsbehörde berechtigt, die erforderliche Erhöhung der Elternbeiträge im Wege der Kommunalaufsicht vorzunehmen.

Der Beschluss des Oberverwaltungsgerichts ist unanfechtbar. ●



Herausgeber

Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 02 11/45 87-1
Fax 02 11/45 87-211
www.kommunen-in-nrw.de

Hauptschriftleitung

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernd Jürgen Schneider

Redaktion

Martin Lehrer M. A. (Leitung)
Telefon 02 11/45 87-2 30
redaktion@kommunen-in-nrw.de
Barbara Baltsch
Debora Becker (Sekretariat)
Telefon 02 11/45 87-2 31

Abonnement-Verwaltung

Stephanie Hilkhäusen
Telefon 0211/4587-1
stephanie.hilkhäusen@kommunen-in-nrw.de

Anzeigenabwicklung

Krammer Verlag Düsseldorf AG
Hermannstraße 3 • 40233 Düsseldorf
Telefon 02 11/91 49-4 05
Fax 02 11/91 49-4 80

Layout

KNM Krammer Neue Medien
www.knm.de

Druck

K-DRUCK Kerbusch GmbH & Co. KG
41189 Mönchengladbach

Gedruckt auf
chlorfrei gebleichtem Papier

Die Zeitschrift erscheint monatlich. Das Einzelheft kostet 5,- €. Ein Jahresabonnement kostet einschließlich Inhaltsverzeichnis 49,- €. Die Bezugsgebühren werden im dritten Quartal des Kalenderjahres durch besondere Rechnung eingezogen. Bestellungen nur beim Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, 40474 Düsseldorf, Kaiserswerther Straße 199-201. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Kalenderjahres möglich. Kein Buchhandelsrabatt. Die mit dem Namen des Verfassers veröffentlichten Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

ISSN 0342 - 6106



Themenschwerpunkt

September 2007:

Kinderbetreuung